# Fiat- Streik S. 10/11

# Sowjetunion und Energie S. 8

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

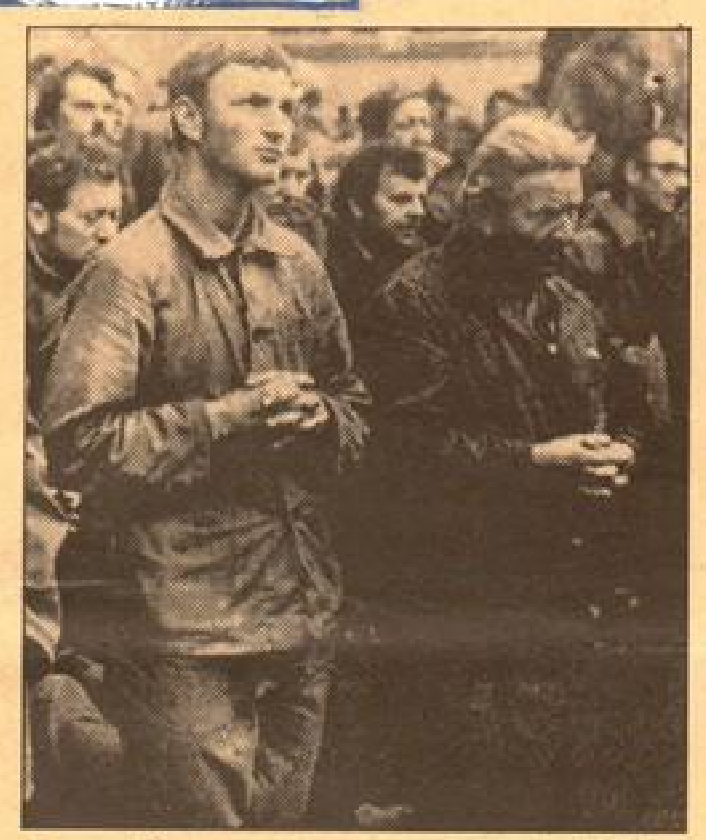
**Klassenkampf**

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

Preis: S 10,- Redaktion:1020, Krummbaumg.1/2 Tel.35 55 70 Nr. 19/November 1980

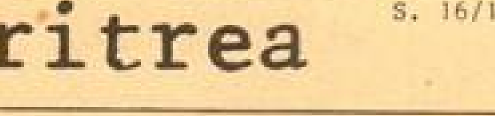


# Sozialimperialisten in Schwierigkeiten



Polen S. 14/15





Eritrea S. 16/17



Kampuchea S. 12



Afghanistan S. 12

# Kollektivvertrag/Handel S. 4

# Nochmals: 30 Jahre Oktoberstreik

S. 19/20

Das Ergebnis der beiden Volksbegehren liegt auf dem Tisch: das Pro-Zwentendorf-Volksbegehren hat 422 431 Unterschriften erreicht, dasjenige für den Umbau 147 764. Insgesamt haben sich an beiden zusammen 57o 195 Stimmberechtigte, d.s. lo,8%, beteiligt. Für die Aufhebung des Atomsperrgesetzes und in weiterer Folge die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks haben sich demnach 8% der stimmberechtigten Österreicher ausgesprochen.

Was spricht eigentlich dafür, daß das Pro-Zwentendorf-Volksbegehren damit erfolgreich gewesen sein sollte, wie seine vorgeschobenen Initiatoren, wie auch Benya und Kreisky erklärten?
Sie ziehen die Schmitz-Aktion zum Vergleich heran und wollen ihren angeblichen Erfolg mit der noch viel geringeren Unterschriftenzahl der ersteren begründen. Jedoch mit dem Fiasko der Schmitz-Aktion läßt sich das nicht begründen.
Es standen sich hier von Anfang an nicht Pro-AKW-Lager und Anti-AKW-Lager gegenüber, sondern Pro-AKW-Lager auf der einen Seite und ein Teil -keineswegs der zahlreichere, schlagkräftigere - des Anti-AKW-Lagers auf der anderen Seite. Die IÖAG und der grössere Teil der Anti-Zwentendorf-Bewegung hat sich gescheit genug verhalten, Schmitz und den Leuten um sie von der Aktion abzuraten, und als dies auf keine Einsicht stieß, für den Boykott beider Volksbegehren aufzurufen.
Der Atom-Lobby wurde die zu befürchtende, billige Legitimation für die Inbetriebnahme Zwentendorfs verhindert. Es kann jetzt jedenfalls nicht heißen: "Die Atombefürworter erreichen einen Sieg über ihre Gegner in demokratischer Abstimmung".

# AKW-Begehren politisch gescheitert

Ja, sie haben nicht einmal im Entferntesten eine ihren Erwartungen entsprechende Unterschriftenzahl erreicht. Jeder weiß, daß vor der Unterzeichnungsfrist das Pro-Volksbegehren mit 7oo-9oo ooo Unterschriften gehandelt wurde. Als Maßstab galt die Unterschriftenzahl vergangener Volksbegehren.
Die Befürworter versuchen, die Enttäuschung über das magere Ergebnis mit dem Hinweis auf den "privaten Charakter" des Begehrens, auf die Neutralität bzw. Nichtfestlegung der politischen Parteien zuzudecken.
Aber bitte, wer hat den braven Initiativ-Bürgern eine zig-millionenschwere Plakatkampagne, wie wir sie sonst nur im Wahlkampf der beiden Großparteien erleben, finanziert? Wer die Inseratenkampagne auf den teuersten Seiten der Boulevardpresse? Ist Herr Benya lediglich eine Privatperson und hat er nicht "das ganze Gewicht" des ÖGB für die Unterstützung des Volksbegehrens eingesetzt (Unterschreibe-Kampagnen in den Betrieben, wobei es nicht ohne Druck hergehen konnte; entsprechende Beschlüsse des ÖGB-Präsidiums; eine eigens dafür einberufene Betriebsrätekonferenz; eine Dauerkampagne in der Gewerkschaftspresse usw.)? Und wer ist denn die Industriellenvereinigung und die Bundeswirtschaftskammer, die sich dafür so ins Zeug geworfen haben? Und hat nicht Kreisky selbst den Wink gegeben, daß er jedenfalls unterschreibe und somit ein gutes Beispiel gebe. Diesem Beispiel sind ganze 8% der Stimmberechtigten gefolgt.

So viel ist klar, daß dieses Ergebnis für die Atom-Lobby nicht den erwarteten Anstoß brachte, nicht den dynamischen

Fortsetzung Seite 2

## KOMMENTAR

*Der Beginn der KSZE-Nachfolgekonferenz in Madrid war alles andere als friedlich und entspannt. Anders als der berühmt-berüchtigte "Geist von Helsinki für Frieden und Entspannung in Europa" begann die Konferenz mit heftigen politischen Konflikten zwischen den Vertretern der beiden Supermächte und den Delegierten zwischen Ost- und Westeuropa.*
*Trotz neunwöchiger Vorbereitungszeit gab es zu Beginn nicht einmal eine Tagesordnung: Die erste Sitzung ging nach wenigen Minuten auseinander und die Konferenz drohte - kaum begonnen - zu paltzen. Erst nachdem ein Tagesordnungsvorschlag der österreichischen Vertretung - nach dem Motto: überalles (Abrüstung, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Menschenrechte) reden, aber über nichts wirklich - angenommen worden war, begannen die Verhandlungen. Um mit massiven gegenseitigen Vorwürfen weiterzugehen: einige westeuropäische Vertreter warfen den Sozialimperialisten die Verletzung der Helsinkiakte mit Hinweis auf die Afghanistan-Invasion und die politische Unterdrückung in der Sowjetunion vor. Die Sozialimperialisten wiederum revanchierten sich mit dem gleichen Vorwurf an die Adresse der westlichen Imperialisten: Afghanistan gehöre gar nicht zu den KSZE-Themen und die US-Imperialisten mischten sich in Polen ein, empörten sie sich.*
*Wie anders klingen doch diese Töne, vergleicht man sie mit jenen,die in den Erklärungen von Helsinki(vor fünf Jahren) und Belgrad (vor drei Jahren) angeschlagen wurden.*

# KSZE: Krise der "Entspannung"

*Besonders die neutralen europäischen Länder beklagten diese Entwicklung. Der schedische Vertreter sprach von einem neuem"eisigen Wind des Kalten Krieges" und Pahr konstatierte einen Tiefpunkt des Entspannungsprozesses.*
*Und tatsächlich ist der Entspannungsschwindel, der in Helsinki eingeleitet und in Belgrad fortgesetzt wurde in eine schwere Krise geraten.*
*V.a. die Sowjetunion - Hauptpropagandist für diesen Schwindel - trug wesentlich zur Entlarvung bei. Man braucht sich nur ansehen, was sie seit 1977 zu verantworten hat:*

+ *den Sturz der legitimen Regierung des Südjemens und den wachsenden Ausverkauf des Landes an die östliche Supermacht*
+ *zwei Überfälle prosowjetischer Söldner auf Zaire*
+ *den Versuch, mit Hilfe des äthiopischen Regimes, die eritreische Revolution zu vernichten*
+ *den Überfall vietnamesischer Truppen auf das Demokratische Kampuchea*
+ *den Überfall sowjetischer Truppen auf Afghanistan*
+ *und als vorläufig letzte Aktion: den Sturz des Präsidenten von Guinea-Bissau, Luis Cabral, wenige Tage nachdem 100 sowjetische Berater ins Land eingeflogen worden waren.*

*Diese Aktionen sind nur die bekanntesten von verschiedenen Angriffen der Sozialimperialisten gegen die Völker der Welt. Die Anhäufung solcher Aktionen hat das sowjetische Gerede von Frieden und Entspannung alles andere als glaubwürdiger gemacht.*
*Umgekehrt scheint sich auch die westliche Supermacht wieder auf eine schärfere politische Gangart einzustellen. Hatte der jetzige Präsident Carter noch vor mehr als einem Jahr dem Schwindelvertrag von SALT II zugestimmt, so hat der neue Präsident bereits angekündigt, daß es diesem Vertrag nicht zustimmen wird. Und nach dem Schock, den die iranische Revolution der USA versetzt hat, versuchen sie heute ihre Positionen im Nahen Osten und im Mittelmeerraum wieder zu festigen: ein neuer NATO-Vertrag und die Versuche, in Ägypten einen Militärstützpunkt aufzubauen, sind Versuche in diese Richtung.*
*Und dennoch gibt es auch jetzt keinerlei Anzeichen, daß die imperialistischen Länder von der Politik des Entspannungsschwindels abgehen.*
*Daß die Impeirialisten Westeuropas das nicht wollen, ist nicht erst seit der Komödie um den Olympiaboykott offensichtlich. Der österreichische Außenminister Pahr hat in Madrid selbst stellvertretend für die westlichen Imperialisten die Begründung geliefert, indem er die verstärkte wirtschaftliche Kooperation mit den COMECON-Ländern als Tagesordnungspunkt für die Konferenz verlangte. Dahinter steht nichts anderes als in möglichst"friedlichen"Verhältnissen durch Energieverträge und Kooperationsverträge mit den Sozialimperialisten einen Ausweg aus der drohenden Wirtschaftskrise zu finden, in die das europäische Monopolkapital zu rutschen droht.*
*Auch den US-Imperialisten scheint derzeit - trotz allen Geredes von Reagan - ein eher "entspanntes" Klima mit den Sozialimperialisten lieber als eine offene,notfalls militärische Konfrontation mit ihnen. Zu sehr hat das Iran-Abenteuer die relative militärische Schwäche der USA im vergangenen Frühjahr aufgedeckt.*

*Und nicht zuletzt ist der Sowjetunion selbst an einer Aufgabe des Entspannungsschwindel gelegen. Heute können sie diesen Schwindel noch benützen, um die inneren Schwierigkeiten im eigenen Machtbereich zuzudecken: die wirtschaftliche Krise des Landes ebenso wie die sozialen Unruhen wie jene in Estland; die Kämpfe der polnischen Arbeiter ebenso wie den Widerstand der Völker Kampucheas, Eritreas und Afghanistans.*
*Mit einem wirklichen Frieden hat das alles nichts zu tun. Der kann nach wie vor nur durch den Zusammenschluß der Völker und Länder gegen das Hegemoniestreben der beiden Supermächte und die Aggressionen des Sozialimperialismus erreicht werden. In Madrid wird das ebenso wenig passieren wie zuvor in Helsinki und Belgrad. (Z-wik)*

# AKW-Begehren politisch gescheitert

Anlauf, mit dem man die weiteren Hürden auf dem Weg zum Zwentendorf-Strom zu nehmen gehofft hatte. Klar ist auch, daß es reicht, um die angestrebte und für weitere Schritte erforderliche Parlamentsdebatte zu bekommen. Dafür hätten 2oo ooo Unterschriften gereicht. Alles Weitere ist aber danach nicht klarer als vorher.

Erinnern wir uns: Im Frühjahr 1978 hatte Kreisky eine Volksabstimmung noch rundweg abgelehnt. Erst als eindeutig geworden war, dass die ÖVP einen Parlamentsbeschluß zur Inbetriebnahme nicht "mittragen", den Schwarzen Peter der SPÖ zuschieben und das Ganze dann bei den Wahlen für sich ausnutzen wollte, kam der respektable Schachzug mit der Volksabstimmung. Nach dem Ausgang dieser mußte für die Regierung eines erst recht außer Zweifel stehen: ohne eine Einbindung der ÖVP konnte man keine Schritte zur Inbetriebnahme setzen, alles andere würde der SPÖ mit großer Sicherheit den Verlust der Regierung bringen. Deshalb war mit der Parteienvereinbarung, die besagte. daß man das Atomsperrgesetz nur mit 2/3-Mehrheit aufheben würde (also faktisch nur im Gleichschritt von SPÖ und ÖVP), der Regierung mehr gedient als der Opposition. Es diente aktuell als Schirm gegen die dauernden Anschiebeversuche und Ermahnungen gegenüber der Regierung, sich "doch vor ihrer Verantwortung als Entscheidungsträger nicht zu drücken"- Vorstösse, die die ganze Zeit gerade von den Wirtschaftskreisen vorgetragen wurden, die in der ÖVP selbst großen Einfluß haben (Industriellenvereinigung, Bundeswirtschaftskammer).

Gegen dieses Doppelspiel in den ÖVP-Reihen sollte die klare Festlegung auf die 2/3-Sperre wirken. Die Energie, die darauf verwendet worden war, die SP-Regierung ins kalte Wasser zu stürzen, sollte jetzt die Gärung in der ÖVP bringen, deren Endprodukt die Bereitschaft zur "Mitverantwortung" und der Verzicht auf jeden Versuch der politischen Ausschlachtung der Inbetriebnahme Zwentendorfs sein soll.

Daß sich die ÖVP in einer Zwickmühle befindet und es in dieser Frage in mancher Hinsicht schwerer hat als die SPÖ, das haben die Wochen vor dem Volksbegehren gezeigt. Als Pendant zur Stimmung im ganzen Volk hat sie es mit der AKW-Gegnerschaft eines größeren Teils ihrer aktiven Anhänger zu tun, wie in der SPÖ. Eine sehr deutliche Mehrheit in der Parteiführung, wenn nicht alle bis auf E.Schmitz, ist ganz sicherlich für die Inbetriebnahme des AKW. Die Financiers, die traditionellen Hintermänner der Partei aus der Wirtschaft, die wirklich Einflußreichen pressen hart für die Inbetriebnahme. Die offizielle Bedingung der Parteiführung für eine neue Volksabstimmung und die Befürwortung der Inbetriebnahme -"bis alle Sicherheitsfragen ausreichend geklärt sind" - ist doch in Wirklichkeit eine vorgeschobene Leerformel, die nach politischer Opportunität mit Ja und mit Nein beantwortet werden kann. Das soll sie auch sein. Die Linie der ÖVP-Führung ist die politische Spekulation, die schon mitgeholfen hat (ganz gegen die Absichten der ÖVP-Führung), die Volksabstimmung von 1978 zu bekommen, die da lautet: vielleicht gelingt es doch noch,

# AKW-Gegner: Maschinenstürmer ?

Der vorliegende Artikel knüpft an jenen der vorletzten Nummer ("Klassenkampf" 17/80) und an die Diskussion darum an. Jener richtete sich - wie dieser auch - vor allem an die Bewegung und so wurde er auch verstanden ("Welcher Idiot hat denn das..." war eine der ersten Reaktionen darauf).

Tatsächlich müssen die Grundlagen der Bewegung, auf die sie - oder zumindest grosse Teile davon - blind vertraute, in Frage gestellt werden, um sie entweder neu zu gewinnen oder zu verwerfen.

"Die kapitalistische Produktion entwikkelt... nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter." (Karl Marx, Das Kapital, Bd. I, IV. Abschnitt) 'Aus dieser Tatsache bezieht die Bewegung gegen Atomkraftwerke ihre Berechtigung und der Vorwurf der Maschinenstürmerei ist entkräftet." (Klassenkampf 17/80, S.9)
Diese Äußerung überzeugt nicht, sie ist provokant und ist die Linie unserer Organisation. In seiner Politik und Agitation aber hat der KB kaum einen anderen Aspekt als die Gefährlichkeit und Untauglichkeit der verfügbaren Kernkraftwerkstechnologie betont. Dazu schreibt ein deutscher Leser: "Ein Kernkraftwerk ist eine Maschine, wer es verhindern will, begeht Maschinenstürmerei - daran kommt ihr nicht vorbei." (Brief an die Redaktion, s. Kasten)

Der historische Maschinensturm basierte auf dem Irrtum, die elende Lage der arbeitenden Klassen von der Entwicklung fortschrittlicher Maschinerie herzuleiten, deren Ursache aber die Unterlegenheit des Handwerkes und der Heimarbeit waren. Der Zorn des einzelnen Arbeiters richtete sich gegen die überlegene Konkurrenz, was die Bewußtlosigkeit dieser Handlung aufzeigt (vgl. Gerhard Hauptmanns "Die Weber"). Dieses Kennzeichen tritt auf einen Teil der Bewegung gegen Atomkraftwerke zweifelsfrei zu. Seine Decknamen sind die Schlagworte im Geiste Rousseaus; jene, die alle üblen Ausflüsse der Profitproduktion allgemein der modernen Technik ankreiden, der Nukleartechnologie im besonderen. "Die Atomkraftwerke sind die Dampfmaschinen der Automation." (Klassenkampf 17/80, S.9) Damit verfehlen "die Grünen" ihren eigentlichen Gegner, die Automaten. Hierher zählen auch die (angeblich linken) Spinner mit der Losung für Sozialismus und Dampflokomotive.

Von dieser reaktionären Strömung unterscheidet sich die Argumentation des KB:

1) Der KB befürwortet die Erhöhung der Produktivkraft einschließlich der Energiegewinnung durch Kernspaltung.
2) Das Nein zu Zwentendorf ist konkret, die Ablehnung der Atomkraftwerke nur allgemein begründet, weil sie auf der gleichen gefährlichen (unreifen) Technologie basieren.
3) Der KB begreift das AKW-Programm als den innersten Teil einer imperialistischen Energiepolitik, die mit der Ersten gegen die Dritte Welt Partei nimmt.

Von unserer Seite wird also der Kampf bewußt geführt.

Die Übereinstimmung der beiden Strömungen der Bewegung konnte daher immer nur eine taktische sein.

Obige Differenz kann die Zweifel an der Berechtigung der Bewegung gegen Kernkraftwerke nicht ausräumen. Die drei KB-Argumente rechtfertigen nur, zumal das erste (prinzipielle Bejahung) dem zweiten (konkrete Ablehnung) angefügt, das dritte (imperialistische Energiepolitik) unabhängig erfunden wurde. Wir sind auf den Stand zurückgeworfen - bzw. haben dieses Niveau in Wirklichkeit nie überschritten -, daß Atomkraftwerke gefährlich sind.

Sind sie? Sie sind es unter den folgenden drei Aspekten, daß

- alle Technik Gebrechen zeigt,
- die kapitalistische Produktion die Risiken der Technik erhöht bzw. deren Ursache ist,
- Störfälle in Atomkraftwerken zu Katastrophen werden können.

Die allgemeine Gefährlichkeit der Technik ist bedingt durch unvollkommene Erkenntnis der Natur. Die Antwort auf den zweiten Punkt ist der Sozialismus. Zum dritten Punkt schreibt der bereits zitierte Leser: "Ich persönlich bin nicht gegen Kernkraftwerke, sondern für Schutzforderungen." (Brief an die Redaktion) Sind solche Schutzforderungen am bestimmten Objekt nicht erfüllbar, bzw. werden sie verweigert, heißen sie zusammen Nein! Jede nicht begründete Ablehnung ist allerdings falsch.
Bleiben wieder die Auswirkungen der Kernkraftwerke im gesellschaftlichen Bereich: Produktionsstruktur (Automation) - Kernkraftwerk - Arbeitsbedingungen (Arbeitsplatz). Es liegt auf der Hand, daß die Atomkraftwerksprogramme die Automation fördern und also die Arbeitsbedingungen verschlechtern, Hand- und Kopfarbeiter um ihren Broterwerb bringen werden. Im "Energie-Bulletin" wird das bestritten: "Daß mit der Nutzung der Kernenergie die Arbeitslosigkeit gefördert wird, ist alles andere als wahr." (S. 7) So versucht die noble "Gesellschaft für Energiewesen" ihrem Gegner in den Mund zu legen, was nie sein Argument war. Nicht ohne Absicht, denn dieses Argument aus obigem Zusammenhang zu akzeptieren, ist Maschinenstürmerei. Denn der gesellschaftlichen Wirkung moderner Technologie kann nur mit Aktion gleicher Ebene geantwortet werden: dem Kampf gegen Entlassungen z.B. und für den Sozialismus.

-Lahe-

---

Leserbrief
(Wir bringen nur jenen Teil des Briefes, der sich mit den Problemen um die Kernkraftwerke befaßt.)

Zum zweiten zu den Kernkraftwerken. Die Tatsache, daß die kapitalistische Produktion die Springquellen allen Reichtums untergräbt, bedeutet nicht, daß der Sturm gegen entsprechende Maschinen nun keine Maschinenstürmerei mehr sei. Die Untergrabung von Natur und Arbeiter haben Marx und Engels bekanntlich zum Anlaß genommen, gegen die kapitalistische Produktion als Gesellschaftssystem aufzutreten, nicht aber gegen die Maschinerie. Der Kampf gegen Kernkraftwerke ist ein Kampf gegen eine bestimmte Technik, daran gibt es nichts zu deuteln, die Frage ist nur, ob er im Gegensatz zu früherer Maschinenstürmerei nicht nur verständlich, sondern auch historisch gerechtfertigt ist. Das müßte besonders begründet und bewiesen werden. Ein Kernkraftwerk ist eine Maschine, wer es verhindern will, begeht Maschinenstürmerei - daran kommt Ihr nicht vorbei. Beweist, daß Maschinenstürmerei richtig sein kann. Könnt Ihr es nicht beweisen, müßt Ihr entsprechende Konsequenzen ziehen. Ich persönlich bin nicht gegen Kernkraftwerke, sondern für Schutzforderungen.

---

# AKW-Begehren politisch gescheitert

die SPÖ über Zwentendorf aus der Regierung stolpern zu lassen.
Es ist übrigens auch schwer vorstellbar, daß die ÖVP jetzt noch eine andere Position einnehmen könnte, ohne selbst das Gesicht zu verlieren und für längere Zeit sogar aus jeder Regierungsanwartschaft zu stolpern.

Die Regie hinter dem Pro-Zwentendorf-Volksbegehren zielte sicher zu einem wesentlichen Teil darauf ab, durch ein beeindruckendes Ergebnis der ÖVP das Einschwenken auf ein gemeinsames Vorgehen (Marschrichtung: gemeinsame Aufhebung des Atomsperrgesetzes im Parlament, neuerliche Volksabstimmung "ohne Parteienzank", Inbetriebnahme) zu erleichtern.

Diese Hoffnung hat Kreisky deutlich genug ausgedrückt, als er, vor dem Volksbegehren zur "unveränderten Haltung" der ÖVP befragt, sinngemäß antwortete: "Na ja, wenn die ganze Sache erst wieder im Parlament ist, dann wird man sehen, dann ist noch allerhand möglich, auch wenn es jetzt nicht so ausschaut."

Im Parlament ist es, ohne Zweifel.Aber es schaut nicht so aus, als ob das eher enttäuschende Unterschriftenergebnis für die ÖVP ein ausreichender Anreiz sein wird, die bisherigen politischen Kalkulationen beiseite zu legen.
Wenn das aber nicht in der einen oder anderen Form gelingt, dann ist man trotz Volksbegehren um keinen Schritt weiter.
-wir-

---

KOMMUNISTISCHER BUND ÖSTERREICHS
ORTSGRUPPE LINZ

Lokal: Schubertstr. 33
Telefon: 60 138
Journaldienst und Literaturvertrieb:
jeden Dienstag und Donnerstag
17'30 bis 19'00 Uhr

---

Informations- und Bücherstand:
Samstag, 13.12. und Samstag, 20.12.
jeweils von 9'00 bis 18'00 Uhr
Fußgängerzone

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Druck: Kommunistischer Bund Österreichs; für den Inhalt verantwortlich: Kristijan Schellander, alle 1020, Krummbaumgasse 1/2 .

GEWERKSCHAFTLICHER KAMPF

*Handels-Kollektivvertrag:* 

# Unbedingt den Mindestbetrag durchsetzen !

Für fast 370.000 Lohnabhängige im Bereich des Handels (271.000 Angestellte, 95.000 Arbeiter) stehen die KV-Verhandlungen an. Letzes Jahr war, ab 1.1.1980, eine Erhöhung der Mindestgehälter der Angestellten um 4,4% (4,5% für die unteren Gehaltsstufen) abgeschlossen worden. Ein Prozentsatz für Ist-Erhöhungen wird im Handel nicht festgelegt; nur die Überzahlungen müssen dem Betrag nach gleich bleiben. In den meisten Fällen lag daher die tatsächliche Brutto-Erhöhung unter 4%.

Insgesamt sind die Beschäftigten im Handel schon unterdurchschnittlich bezahlt. Der Anfangsgehalt der Angestellten liegt bei S 5.900,- brutto. Die Masse der Verkäuferinnen verdient um S 7.000,- brutto. Die Frauengehälter im Handel lagen z.B. in Tirol 1975 um fast 9% unter dem Durchschnitt der Gehälter der weiblichen Angestellten insgesamt (AK-Bericht über die Lage der Tiroler Arbeitnehmer, 1976). Seit 1976 sind die Gehälter im Handel auch noch weniger gestiegen als die anderer Branchen. Die Steigerung des Tariflohnindex zwischen 1976 und 1979 lag um fast 1% unter dem Durchschnitt (Wirtschafts- und sozialstatistisches Taschenbuch der Arbeiterkammer, 1980).

Die Forderung der Angestelltengewerkschaft (GPA) wurde am 17.11. beschlossen: 9,4% Gehaltserhöhung, mindestens S 650,- (ab 1.1.1981). Am 19.11. gab die Gewerkschaft bekannt, daß sie ihre Forderung auf 8,3%, mindestens S 59o,- gesenkt hatte. Vorher stand schon fest, wie Mitglieder der "Großen Verhandlungskommission" bei Gewerkschaftsversammlungen in Tirol erläuterten,

- o daß die Prozenterhöhung deutlich höher als im Vorjahr ausfallen muß (die Gewerkschaft geht - entgegen der Androsch-Prognose von 6,4% Jahresteuerung - davon aus, daß die Jahresteuerung bis Ende Dezember etwa 6,9% betragen wird);
- o daß ein M i n d e s t b e t r a g von S 600,- bis S 650,- "unbedingt abgeschlossen werden muß". (Das wären für die Schlechtestverdiener über 10%);
- o daß der Geltungstermin 1. Jänner unbedingt gehalten werden muß.
- o Außerdem werden die von den Kapitalisten im Vorjahr abgelehnten arbeitsrechtlichen Forderungen wieder gestellt (u.a. Treueprämie von 5% des Monatsgehaltes ab dem 18. Dienstjahr, wo es keine Biennalvorrückung mehr gibt). Als Forderung der Jugendabteilung der GPA soll auch die Anrechnung von Präsenzdienst- und Karenzzeiten auf die Vordienstzeiten (für die Berechnung des Urlaubsanspruches und der Vorrückungen) durchgesetzt werden.

Der Mindestbetrag von S 650,- ist notwendig. Er würde für die Masse der kleinen Angestellten zumindest die offiziell ausgewiesene Teuerung abdecken. Allerdings: dieselben Funktionäre, die heuer tapfer von "unbedingt durchsetzen" sprechen, haben voriges Jahr innerhalb von 15 Stunden die Mindestforderung aufgegeben und "eingetauscht" gegen ein Zehntelprozent mehr für die unteren Gehaltsgruppen. Das waren brutto maximal S 10,-.

Für ein Gehalt von S 7.000,- würden bringen
6,9%........................ S 483,- brutto
6,2%........................ S 434,- brutto
Mindestbetrag.............. S 650,- brutto
(bzw. S 590,- brutto).

Die Kapitalisten sind natürlich, so wie im Vorjahr, entschlossen, über einen Mindestbetrag nicht einmal zu reden. Sie werden wieder mit einem eigenen "Forderungsprogramm" auftreten, das neben Reallohnabbau auch die Abschaffung bestehender Schutzrechte anstrebt. Ihr Angebot lautet seit 19.11.: 6,4% und kein Mindestbetrag. Die Gewerkschaft schließt Streikaktionen nicht aus.

Ein Betriebsratsobmann eines großen Handelskonzerns schilderte die Haltung der Kapitalisten so: "Der Konkurrenzkampf im Handel wird auf dem Rücken der Belegschaften ausgetragen: Arbeitszeitverlängerung ohne Bezahlung, äußerste Härte bei KV-Verhandlungen (im vorigen Jahr wurde nur einer von 21 Punkten der arbeitsrechtlichen Forderungen der Gewerkschaft erfüllt), Versuch des Abbaus bestehender Rechte (Aufkündigung bestehender Betriebsvereinbarungen, Forderung auf Streichung einzelner Schutzbestimmungen im KV). Wichtig ist, daß sich heuer alle auf die Härte der Unternehmer einstellen."

Die Bedingungen, dem entgegenzutreten, sind nicht schlecht: schließlich besteht die Gewerkschaft seit jeher auf einem Abschluß zum 1. Jänner, denn in der Zeit des größten Umsatzes (Weihnachtseinkäufe) sind die Kapitalisten am verwundbarsten, haben sie am ehesten Angst vor einem Streik. Es wird allerdings nicht genügen, bloß mit der "Möglichkeit" eines Streiks zu drohen. Bei Nacht und Nebel abschließen, während sich die kleinen Funkionäre und Mitglieder noch auf einen Streik vorbereiten (wie 1978), eine solche Taktik der Gewerkschaftsspitze muß verhindert werden.

Die Betriebsrätekonferenzen und Mitgliederversammlungen, die die Handelsangestellten üblicherweise in der Zeit vor dem KV-Abschluß durchführen, können genützt werden, um die Forderung nach Verhinderung des Reallohnabbaus, vor allem durch einen ausreichenden Mindestbetrag, zu bekräftigen. Da kann den Kapitalisten gezeigt werden, wie entschlossen die Angestellten sind. Da kann man auch die Kollegen des Verhandlungskomitees an ihre jetzigen starken Worte erinnern. Das wird notwendig sind, um ihnen das Rückgrat zu stärken, das sich erfahrungsgemäß bei längeren Nachtsitzungen mit den Kapitalistenvertretern leicht krümmt, vor allem unter dem Einfluß von Mäßigungsappellen aus dem Präsidentenbüro des ÖGB.

## GEMEINSAMER GEWERKSCHAFTLICHER KAMPF VON ARBEITERN UND ANGESTELLTEN

In den letzten Jahren war die Kraft der 370.000 Handelsbeschäftigten auch dadurch an der Entfaltung gehindert, daß die Gewerkschaften GPA (für die Angestellten) und HTV (für die Arbeiter) getrennt verhandeln und auch keine gemeinsamen Aktionen durchführen. Heuer gibt es Ansätze zur Änderung dieses Zustandes.

In Tirol z.B. wurde zwischen GPA und HTV ein gemeinsames Vorgehen vereinbart. Sollte es in der Frage des Ladenschlusses, aber auch im Zuge der KV-Verhandlungen zu gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen kommen, so werden sie von Arbeitern und Angestellten gemeinsam getragen werden. Im Falle eines Streiks würden so auch die Lager- und Zulieferfirmen betoffen; es würden also auch "arbeitswillige" Filialleiter oder zum Streikbruch erpreßte Lehrlinge oder Angestellte in Kleinbetrieben nicht viel nützen. Die Wirkung der Kampfmaßnahmen würde so beträchtlich gesteigert.

Warum sollte das nicht auch in anderen Bundesländern möglich sein?

# Arbeitszeitverlängerung durch Brechung der Ladenschlüsse geplant

Die Handelskapitalisten rechtfertigen die verschärfte Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten in der Öffentlichkeit immer mit "Dienst am Kunden". So versuchen sie, einen Keil zwischen die Lohnabhängigen im Handel und die übrigen Arbeiter und Angestellten zu treiben. Besonders deutlich ist das in der Frage des Ladenschlusses.

Das ganze läuft auf folgendes hinaus: Weil in der kapitalistischen Ausbeuterei Überstundenarbeit, Pendlerwesen und ähnliche Annehmlichkeiten ganz normal sind, sollten die Handels- und andere Dienstleistungsbetriebe am Abend, am Samstag ganztätig, womöglich auch noch am Sonntag geöffnet sein - natürlich bei gleichgleibendem Personalstand, also durch Überstundenarbeit, am besten natürlich ohne Bezahlung. Das ist beileibe nicht aus der Luft gegriffen:

- o In Wien hält Gerngroß im Franz-Josefs-Bahnhof einen Selbstbedienungslagen bis 22 Uhr geöffnet, weil Bahnhöfe vom allgemeinen Ladenschluß ausgenommen sind und die Kassierinnen als "Gastgewerbepersonal" aus dem anschließenden Buffet deklariert werden, für die das Frauennachtarbeitsverbot nicht gilt. Derartige sonderbare Handelsbetriebe gibt es auf jedem Bahnhof, aber Gerngroß ist ein Großkonzern, der in dieses Geschäft einsteigt; auf die anderen wird man sicher nicht lange warten müssen. Und von den Einkaufszetren weiß man, daß sie auch schon seit einiger Zeit scharf auf "lange Einkaufsabende" wären.
- o In Innsbruck pfeifen Geschäftsleute im Stadtzentrum ganz offen auf Ladenschlußverordnung und Sonntagsruhegesetz und halten am Sonntag vormittag offen. (in einem Monat brachte es die GPA Tirol auf fast 100 Anzeigen, und, wie man hört, ist die Polizei mit dem Einschreiten weitaus weniger eifrig als etwa bei Falschparkern.)
- o Generell fordert der Handel die Einbeziehung des Lebensmittelhandels in den "langen Samstag" (bis 18 Uhr) im Advent.
- o In Innsbruck fordert die Handelskammer eine 'Saisonregelung", die das Offenhalten aller Geschäfte am Samstag bis 18 Uhr (vom 27.12. bis 5.1., vom 1.2. bis 31.3. und vom 15.6. bis 15.9.) erlauben würde. Am 30. Oktober hat der Stadtsenat mit den Stimmen der ÖVP diesen Antrag befürwortet; die Gewerkschaft hat mit einem Protestflugblatt reagiert.
- o Ebenfalls in Innsbruck fordern die Handelskapitalisten, daß das Offenhalten am

*Fortsetzung S. 6*

# Zwischenbilanz der Lohnrunde '80

Kollektivverträge 1980

| Forderung | Abschluß |
|---|---|
| **ÖFFENTLICHER DIENST** | 4,2% Gehaltserhöhung; Laufzeit 12 Monate (ab 1.1.1980); kein Stillhalteabkommen; Anhebung der untersten Verwaltungsdienstzulagenstufe (ca. S 150,- brutto). |
| **CHEMISCHE INDUSTRIE (Arbeiter)** | |
| 8% Mindestlohnerhöhung; | 6,5% Mindestlohnerhöhung für LG 1a bis 2b, 7,0% Mindestlohnerhöhung für LG 3a bis 4a, 8,5% Mindestlohnerhöhung für LG 4b bis 5b; |
| S 700,- Ist-Lohnerhöhung; ab 1.5.1980; | S 550,- Ist-Lohnerhöhung; ab 1.6.1980; |
| Abschaffung der LG 4b (sonstige Hilfsarbeiten). | - |
| **GLASINDUSTRIE (Arbeiter)** | 7% Mindestlohnerhöhung, mindestens S 500,-; 5,8% Ist-Lohnerhöhung, mindestens S 480,-; Laufzeit 12 Monate, ab 1.6.1980. |
| **METALLARBEITER** | |
| 9,8% Mindestlohnerhöhung; 7,8% Ist-Lohnerhöhung, mindestens S 550,-. | 8,1% Mindestlohnerhöhung; 6,2% Ist-Lohnerhöhung (Mindestbetrag erst nach Industrieangestelltenabschluß nachgefordert: S 530,- monatlich/S 3,06 pro Stunde); ab 1. bzw. 6.10.1980 (nach 13 Monaten). Lehrlingsentschädigungen: Ø 8,8%. Verbesserung der Abfertigungsbestimmungen ab 15 Dienstjahren mit 1.1.1981. Keine Erleichterungen für Schwerarbeiter. |
| **METALLGEWERBE** | |
| 9,8% Mindestlohnerhöhung; 7,8% Ist-Lohnerhöhung, mind. S 550,-. | 8,6% Mindestlohnerhöhung; 6,2% Ist-Lohnerhöhung, mindestens S 530,-; ab 1.11.1980. Für Oktober 1980 einmalige Sonderzahlung von S 600,- für Arbeiter/S 185,- für Lehrlinge - für alle, deren Löhne am 1.10.1980 über den kollektivvertraglichen Mindestlöhnen lagen. Vereinbarung der gleichen Mindestlohntabelle wie in der Industrie für alle Innungen und Bundesländer. |
| **INDUSTRIEANGESTELLTE** | |
| 9,5% Mindestgehaltserhöhung; 7,5% Ist-Gehaltserhöhung, mind. S 850,-. | 7,5% Mindestgehaltserhöhung; 5,9% Ist-Gehaltserhöhung, mindestens S 630,-; |
| Lehrlingsentschädigungen: 1. LJ 40%, 2. LJ 55%, 3. LJ 75% des niedrigsten Gehaltes. | Ø 8% Erhöhung der Lehrlingsentschädigungen; ab 1.10.1980. |
| **ÖFFENTLICHER DIENST** | |
| 9,5% Gehaltserhöhung; Laufzeit 12 Monate, kein Stillhalteabkommen. | 6,2% Gehaltserhöhung; Laufzeit 12 Monate; in drei Etappen - erste am 1.7.1981 (die beiden übrigen jeweils 1 Jahr später) - S 300,- für die Bezieher der kleinsten Gehälter ("Besoldungsreform"). |
| **HANDELSANGESTELLTE** | |
| 9,4% Gehaltserhöhung, mindestens S 650,-; ab 1.1.1981. | Letzte Meldung: Am 19.11. reduzierte die Gewerkschaft ihre Forderung auf 8,3% und mind. S 590,-. Das Unternehmerangebot lautet: 6,4% und kein Mindestbetrag. Der Generalsekretär der Angestelltengewerkschaft schloß Streikaktionen nicht aus. |

*Das durchschnittliche Einkommen der österreichischen Lohn- und Gehaltsempfänger betrug im vergangenen Jahr 8.900 Schilling (Männder S 10.652,-, Frauen S 6.958,-) - vgl. "Bericht über die soziale Lage 1979" des Sozialministeriums (nach ÖGB-Nachrichtendienst v. 21.8.1980).*

*Laut Statistischem Zentralamt stieg die österreichische Industrieproduktion im ersten Halbjahr 1980 im Vergleich zum Vorjahr um 7,3%. Die Investitionsgüterindustrie um 8,4%, die Konsumgüterindustrie um 7,7%, wobei sich (lt. ÖGB-Nachrichtendienst vom 21.8.1980) "die Arbeitskostenposition weiter verbesserte".*

*Preisindices im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresmonat in %:*

| | |
|---|---|
| Jänner 1980 | + 5,0 |
| Februar | + 5,4 |
| März | + 5,5 |
| April | + 5,9 |
| Mai | + 6,4 |
| Juni | + 7,1 |
| Juli | + 6,6 |
| August | + 7,3 |
| September | + 6,9 |
| Oktober | + 6,7 |

## ARBEITSZEITVERKÜRZUNG - FÜR WEN ?

*Der Vorsitzende der GPA und neue Sozialminister Dallinger nützte die Publizität seines Amtsantrittes für die Ankündigung einer Arbeitszeitverkürzung. Das allein ist noch kein besonderer Grund zur Freude, v.a. dann nicht, wenn - zumindest nach Dallingers Willen - die Verkürzung der Wochenarbeitszeit erst ab 1985 erfolgen soll - und dann nur auf 36 Wochenstunden und nicht auf 35.*

*Als Zuckerl wurde dafür die Einführung einer fünften Woche für den Mindesturlaub angekündigt. Bis 1983 soll's so weit sein.*

*Selbst dieses Zuckerl ist eher süßsauer. Dallinger garnierte die Ankündigung der Erweiterung des Mindesturlaubs mit einer Reihe von Bedingungen:*

*- Bei gleichzeitiger Erhöhung des Mindesturlaubs könnten zwei Feiertage im Frühjahr abgeschafft werden. Dadurch würde sich für die Kapitalisten und Gewerbetreibenden die effektive Arbeitszeitverkürzung durch den erhöhten Mindesturlaub nur auf drei Tage erstrecken. Allerdings auch für die Werktätigen. Mehr noch. Durch die Streichung der Donnerstagfeiertage würde für viele Werktätige die Möglichkeit wegfallen, durch zwei Urlaubstage immerhin zwei "verlängerte Wochenenden" zu verbringen. Und für jeWerktätigen, die heute schon mehr als den Mindesturlaub haben, wäre das ein Verlust von zwei freien Tagen im Jahr.*

*- Weiter hat Dallinger den Gedanken verbreitet, die eine Woche zusätzlichen Urlaub als Bildungsurlaub zu deklarieren. Diese Zeit könne für Umschulungen verwendet werden, was Arbeitsplätze sichern soll. Daß zugleich für die Werktätigen dieser zusätzliche Urlaub nicht frei verfügbar wäre, ist aber ebenso klar.*

*Überhaupt fällt auf, daß sich die Vorschläge Dallingers und seine Argumente eher an die Kapitalisten richten. Ob er sie nun "beruhigt", indem er sagt, die Verkürzung der Wochenarbeitszeit werde ohnehin erst kommen, wenn es den Kapitalisten auch genehm sein wird; ob er darauf verweist, daß eine Erweiterung des Urlaubs immerhin 20.000 neue Arbeitsplätze schaffe; oder ob er den Kapitalisten rät, sie sollten ohnehin nicht so viel produzieren; in allen Fällen wird man den Eindruck nicht los, daß er die Kapitalisten in erster Linie zu beruhigen versucht. Und weniger die Erfüllung einer gerechten Forderung der Werktätigen im Auge hat.*

*Zwar geht Dallinger nicht so weit wie sein Gewerkschaftskollege Wille von den Metallern. Der bietet den Kapitalisten immerhin eine Arbeitszeitverkürzung auf 30 Wochenstunden an. Allerdings bei gleichzeitiger beträchtlicher Verschärfung der Ausbeutung durch Schichtarbeit.*

*Aber auch bei Dallinger kommen die Forderungen der Werktätigen zu kurz. Für sind andere Überlegungen maßgeblich. Wenn das Arbeitstempo so gestiegen ist, wie es in den letzten Jahren der Fall war, so ist eine Arbeitszeitverkürzung - sowohl in Form einer kürzeren Wochenarbeitszeit und eines längeren Urlaubs eine Forderung der Stunde und nicht erst von Jahren. Als Sozialminister mag sich Dallinger auch überlegen müssen, wie er eine solche Arbeitszeitverkürzung gegen die Kapitalisten durchsetzen kann. Für die Werktätigen kann es solche Überlegungen nicht geben.*

*Sie brauchen eine Arbeitszeitverkürzung jetzt - und ohne Einschränkung ! (Z-wik)*

# Zur Lage der ausländischen Arbeiter in Österreich

Ungefähr Anfang der Sechzigerjahre hatten die österreichischen Kapitalisten begeonnen, ausländische Arbeitskräfte in großem Umfang anzuwerben. Die Reserven des österreichischen Arbeiterkräftepotentials waren bereits weitgehend ausgeschöpft, die Frauen zum großen Teil in die Produktion einbezogen und auch jene Teile der Landbevölkerung, die durch die Ruinierung ihrer bäuerlichen Existenz auf den Arbeitsmarkt befördert wurden, konnten den steigenden Arbeitskräftebedarf der Kapitalisten nicht mehr ausreichend dekcen. Mit der Anwerbung von ausländischen Arbeitern sicherten sich die Kapitalisten nicht nur ausreichenden Nachschub für den Arbeitsmarkt, sondern schufen zugleich eine Abteilung von schlecht bezahlten und weitgehend rechtlosen Lohnabhängigen, die sie zur Spaltung und zum Druck auf die Löhne der gesamten Arbeiterklasse einsetzten.

Der höchste Stand an ausländischen Beschäftigten wurde im Jahre 1973 mit über 226.000 erreicht. Seit 1975 hat sich die Gesamtzahl auf ungefähr 170.000 eingependelt. Im August dieses Jahres waren 182.582 ausländische Beschäftigte in Österreich registriert, was gegenüber den vergangenen Jahren eine leichte Zunahme bedeutet. Der durchschnittliche Anteil der ausländischen Beschäftigten an der Gesamtzahl der unselbständig Beschäftigten beträgt 6,5%. Dabei gibt es jedoch starke regionale Unterschiede. Vorarlberg hat mit 17,6% den höchsten Anteil, das Burgenland mit 1,5% den niedrigsten. In Wien beträgt der Anteil der ausländischen Beschäftigten 10,1%. Der überwiegende Teil der ausländischen Beschäftigten stammt aus Jugoslawien (121.000), 30.000 kommen aus der Türkei, 12.000 aus Westdeutschland und 19.000 aus anderen Ländern (Italien, Griechenland, etc.), für die aber eine genauere Aufgliederung nicht vorliegt.

Der größte Teil der ausländischen Arbeiter ist in Arbeiten mit niederiger Qualifikation, häufig unter den schlechtesten Arbeitsbedingungen und zu den niedrigsten Löhnen eingesetzt. So ist der Beschäftigtenerhebung des Landesarbeitsamtes Wien folgende berufliche Gliederung zu entnehmen (Angaben für 1975):

| | |
|---|---|
| Gesamtzahl der ausländischen Beschäftigten: | 66.395, |
| dayon | |
| Hilfskräfte im Bauwesen | 4.954 |
| Metallhilfsarbeiter | 4.175 |
| Hilfsarbeiter allgemeiner Art (Verpacker, etc.) | 4.335 |
| Hotel- und Gaststättenarbeiter (Köche, Küchenhilfen...) | 4.385 |
| Hauswarte | 9.048 |
| Reinigungspersonal | 6.560. |

Wir geben hier nur jene Berufsgruppen wider, bei denen eindeutig ausgesagt werden kann, daß es sich um Arbeiten mit niedriger Qualifikation und üblicherweise auch schlechter Bezahlung handelt. Demnach können nach den obigen Angaben 33.457, das ist ungefähr die Hälfte der ausländischen Beschäftigten, Hilfsarbeitertätigkeiten mit niedrigem Lohn zugeordnet werden. Der tatsächliche Anteil liegt mit Sicherheit noch höher, jedoch lassen die bürgerlichen Statistiken darüber keinen genauen Aufschluß zu. Es gibt jedoch unter den ausländischen Arbeitern auch einen Teil von gut ausgebildeten, mitunter auch hoch qualifizierten Fachkräften (z.B. Autogenschweißer), die auf dem österreichischen Arbeitsmarkt nicht in ausreichender Zahl zu finden wären.

Die Regulierung des Zustroms bzw. der Abwanderung ausländischer Arbeiter mit Hilfe des Ausländerbeschäftigungsgesetzes ermöglicht es den Kapitalisten, unter den Ausländern vorwiegend junge, unverbrauchte Arbeiter auszusuchen und ältere Arbeiter, die entlassen wurden, nach Ablauf der Arbeitsbewilligung abzuschieben. Ungefähr 42% der ausländischen Beschäftigten sind demnach in der Altersgruppe zwischen 20 und 30 Jahren. Nur 7% der ausländischen Beschäftigten sind über 50 Jahre alt, bei den österreichischen Beschäftigten immerhin noch ca. 17%. Zur chauvinistischen Hetze gegen die ausländischen Arbeiter wird mitunter das Argument verbreitet, daß diese mit übergroßen Familien sowieso größtenteils nur von staatlichen Beihilfen leben würden. Die Tatsachen belegen das Gegenteil: Gegenwärtig sind in Österreich 37,5% der Gesamtbevölkerung unselbständig beschäftigt. Unter den Ausländern beträgt dieser Anteil 54,4% (Angabe für Vorarlberg), da Familienangehörige von Ausländern häufig keine Aufenthaltsgenehmigung bekommen, wenn sie nicht auch hier arbeiten.

Über das Lohnniveau der ausländischen Arbeiter gibt es aus bürgerlichen Statistiken praktisch keine Angaben, wenn auch in diversen Forschungsarbeiten immer wieder die Binsenweisheit auftaucht, daß die Löhne der Ausländer im allgemeinen eben niedriger sind als jene der Österreicher. In einem Wiener Betrieb der Metallindustrie haben wir folgenden Lohnvergleich durchgeführt (Angaben für Juni 1980):

| Zahl der Arbeiter: | Gesamt | Inländer | Ausländer |
|---|---|---|---|
| Hilsarbeiter | 29 | 12 | 17 |
| Facharbeiter | 42 | 33 | 9 |
| Obermonteure | 10 | 10 | - |
| Summe | 81 | 55 | 26 |
| **Durchschnittslöhne/Stunde:** | **Gesamt** | **Inländer** | **Ausländer** |
| Hilfsarbeiter 1) | S 48,04 | S 47,63 | S 48,33 |
| Facharbeiter | S 57,36 | S 57,78 | S 55,82 |
| Obermonteure 2) | S 81,11 | S 81,11 | -,-- |
| Gesamtdurchschnitt | S 56,96 | S 59,45 | S 50,92 |

1) Die ausländischen Hilfsarbeiter sind in diesem Fall aufgrund längerer Betriebszugehörigkeit (drei bis acht Jahre) etwas besser bezahlt als die inländischen Hilfsarbeiter.
2) Einschließlich 10% Zulage der Obermonteure.
Montagezulage: S 3,-/Stunde für alle gleich nicht berücksichtigt.

*-pkl- (wird fortgesetzt)*

---

*Fortsetzung von S. 4/HANDELS-KV*

Sonntag von 8 bis 10 Uhr erlaubt werden soll. Sie berufen sich dabei auf eine Verordnung von 1921(!). Der Sinn damals war, den Berg- und Einschichtbauern den wöchentlichen Einkauf zusammen mit dem Kirchgang zu ermöglichen. Heute geht es schlicht um das Absahnen im Fremdenverkehr.

- Schließlich gibt es in Tirol Bestrebungen, am 8.12. (gesetzlicher Feiertag) die Läden offenzuhalten. Ähnliches ist in Tirol mit dem Josefi-Feiertag (Landesfeiertag im März) schon passiert: Vor zehn Jahren waren alle Geschäfte zu, heute sind sie offen und es werden nicht einmal mehr Überstunden bezahlt.
- Nicht vergessen soll man, daß auch die Banken scharf sind auf die Abschaffung der 5-Tage-Woche und die Erweiterung der Bankzeiten auf Samstag vormittag.

Ganz richtigerweise hat die Landesexekutive des ÖGB Tirol im Namen aller gewerkschaftlich organisierten Lohnabhängigen in einer Resolution Anfang Oktober alle diese Pläne zurückgewiesen und sich damit voll hinter die GPA gestellt. Die GPA fordert ihrerseits von der Landesregierung die Abschaffung der Verordnung aus dem Jahr 1921, die als "Rechtsgrundlage" für die Unternehmerwillkür herhalten muß.

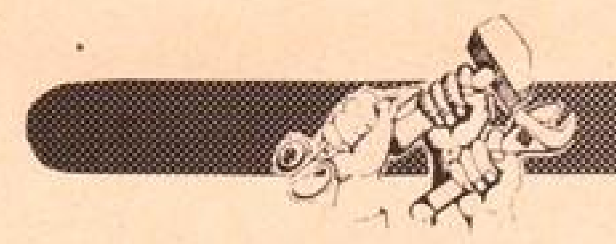
Gewerkschaftsfunktionäre erwarten, daß die Kapitalisten die Ladenschlußfrage in die Kollektivvertragsverhandlungen hineinziehen werden, um entweder die Zustimmung der Gewerkschaftsführung zu ihren Plänen zu erpressen oder wenigstens ein Nachgeben bei der Lohnfrage im "Austausch" für einen Aufschub der Arbeitszeitverlängerung herauszuholen.

Auf jeden Fall ist es so, daß die Angriffe auf den Ladenschluß genauso sicher kommen wie alle Jahre wieder Weihnachten. Sie können auch in der Vorweihnachtszeit, wo die Streikwaffe am schärfsten ist, am ehesten abgewehrt werden. Der Tiroler GPA-Landessekretär Egg kündigte jedenfalls gegenüber der "Tiroler Tageszeitung" (7.10.) einen möglichen Streik an. Er zeigte auch den Zusammenhang zwischen Ladenschluß und Arbeitszeit auf: In den meisten Fällen werden nämlich bei verlängerter Offenhaltezeit nicht neue Angestellte eingestellt, sondern einfach Überstunden erzwungen.

Jeder Gewerkschafter, gleich welcher Branche, muß auf jeden Fall die Handelsangestellten in dieser Frage unterstützen. So wie die Handelskapitalisten sich auf die anderen Arbeiter und Angestellten als "Konsumenten" berufen, in deren Dienst die Handelsangestellten gefälligst länger arbeiten sollen, so werden sich die Kapitalisten der anderen Branchen die Verlängerung der Arbeitszeit im Handel als "leuchtendes Beispiel" hernehmen, nach dem sich "ihre" Belegschaften auch richten sollten.

Ein Einbruch in gesetzliche Regelungen, die zum Schutz der Lohnabhängigen die Arbeitszeit regeln, darf in keiner Branche geduldet werden. Er muß von der gesamten Gewerkschaftsbewegung zurückgewiesen werden.

-gef/Ibk.-





# Zur Gewerkschaftsdiskussion

*In den letzten beiden Nummern des "Klassenkampf" sind zwei Artikel erschienen: "Zum Kampf um die Gewerkschaften und seine Bedingungen" war der erste und "Stellungnahme zum Artikel" der zweite. Beide beziehen sich auf die "Resolution zu den Aufgaben der Kommunisten in den Gewerkschaften", die auf der ersten ordentlichen nationalen Delegiertenkonferenz des KB Österreichs Anfang 1978 beschlossen worden war. Der zweite Artikel wirft dem ersten wie der Resolution v.a. vor, die Gewerkschaftsarbeit in erster Linie als organisatorische Arbeit zu verstehen: "im grossen und ganzen sieht der Artikel die Aufgaben der Betriebsgruppen jedoch darin, 1. grösser zu werden und 2. Funktionäre hervorzubringen, für den Betriebsrat zu kandidieren. Also in erster Linie auf den Gewerkschaftsapparat Einfluss zu nehmen." Stattdessen gehe es darum, sich damit zu beschäftigen, "auf welcher Linie in den einzelnen politischen Fragen"die Kommunisten die Selbständigkeit und Aktionseinheit der Arbeiterklasse von den Betrieben ausgehend herstellen können.*

Abgesehen davon, daß ich der Meinung bin, daß diese Kritik auf einem Mißverständnis beruht, da ja der erste Artikel sich gerade dagegen wendet, die Gewerkschaftsarbeit als etwas Organisatorisches aufzufassen,möchte ich diese Gegenüberstellung von Gewinnung von Positionen einerseits und Arbeit im Sinne der Herstellung der Selbständigkeit und Einheit der Arbeiterschaft andrerseits auf keinen Fall gelten lassen. Es ist ja nicht so, daß die Betriebsratstätigkeit einen dabei behindert, ganz im Gegenteil. Die Tatsache, daß ein klassenbewußter Betriebsrat gewählt wird, ist ja gerade Ausdruck eines gewissen Fortschritts in bezug auf die Einheit und Selbständigkeit der Belegschaft. Natürlich kann man sich auch einen solchen Posten erschleichen, aber dann ist es besser, man geht rechtzeitig zur sozialistischen Fraktion. Wenn man, wie es der Verfasser der"Kritik"tut, die Kandidatur für den Betriebsrat lediglich als Einflußnahme auf den Gewerkschaftsapparat betrachtet, so liegt man auf der ganzen Linie schief. Und wenn weiter bestritten wird, daß es letztlich die zentrale Aufgabe von z.B. Betriebsgruppen oder klassenbewußten Kollegen ist, auch Positionen im Betriebsrat zu erringen, ebenfalls.

Entweder sieht man die Rolle und Bedeutung der betrieblichen Vertretungskörperschaften nicht voll oder man ist der Meinung, daß es für die Belegschaft relativ egal ist, welche Betriebsräte ihre Interessen vertreten sollen. So eine Haltung könnte man allenfalls einnehmen, wenn die Gewerkschaften und ihre verschiedenen Ebenen, darunter eben die Betriebsratsebene als faktisch unterste Ebene, etwas wäre, was entweder angenommen oder abgelehnt werden kann. Nun gibt es bekanntlich wenig Lohnabhängige, für die das eine Frage ist und noch weniger sollte es eine Frage für die Kommunisten sein. Die Sache spielt sich auch in der Realität nicht so ab. Gesetzt den Fall, in einem Betrieb bildet sich eine Gruppe von Kollegen mit fortschrittlichen Ideen und mit Initiative heraus. Diese Gruppe ist unzufrieden mit der bisherigen BR-Politik, mit der Gewerkschaftspolitik etc. und beginnt nun, in dieser oder jener Frage aktiv zu werden. Sie informieren die Kollegen, machen vielleicht eine Unterschriftensammlung, versuchen den Betriebsrat unter Druck zu setzen, nutzen also je nach ihrer Stärke alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel aus, um etwas zu verbessern. Diese Mittel sind zwangsläufig gering: man darf den Arbeitsplatz nicht verlassen, will man in andre Abteilungen gehen, bekommt man Schwierigkeiten, es fehlt oft die Zeit, mit den Kollegen zu reden usw. Trotzdem machen sie es und eine Reihe von Kollegen halten das für richtig, andere lehnen es ab.
Natürlich erwarten sich die Kollegen, die offen oder insgeheim ebenso unzufrieden sind mit der Arbeit des bestehenden Betriebsrats, daß diese Gruppe bei den nächsten Wahlen kandidieren werde. Es wäre ja auch irgendwie unaufrichtig, zuerst vielleicht 2 Jahre lang ständig Vorschläge für die Betriebsratsarbeit zu machen, zu kritisieren usw. und sich dann vor der Wahl zu drücken. Was ich damit grundsätzlich sagen will, ist Folgendes: das Anstreben von Positionen, also die Kandidatur zum Betriebsrat, ist zwangsläufig das Ergebnis der betrieblichen Politik, wenn man davon ausgeht, daß die Politik gut war und es gelungen ist, in der Belegschaft Vertrauen zu erringen. War die Politik schlecht, erübrigt sich ohnehin jegliche Überlegung in diese Richtung.
(Über die Schwierigkeiten einer Minderheitsposition im Betriebsrat werden wir in einer unserer nächsten Nummern berichten.)
Aber gerade das, sagt der Verfasser der Kritik, gerade das ist es ja. Man sollte sich mehr Gedanken über die Politik machen und weniger über diese oder jene Position reden. Es ist zweifellos richtig, daß wir, gerade was die gewerkschaftliche Politik betrifft, weit hinter dem zurückhinken, was die Arbeiterbewegung brauchen würde. Seien es die Lohnuntersuchungen oder die Untersuchung des "sozialen Netzes", oder die Frage der Rationalisierungen, fast überall stehen wir noch immer mehr oder weniger am Anfang oder wir haben durch Fehler bereits gemachte Fortschritte leichtfertig vertan. Aber darum geht es ja gar nicht. Es ist logisch, daß wir, ohne in diese Richtung aufzuholen, nicht viel erreichen werden.

Wir werden aber auch nicht viel erreichen, wenn wir keine klare Orientierung haben in bezug auf den Gewerkschaftsapparat. In der "Stellungnahme .." wird gefordert, daß das"Übergewicht, das in der (Gewerkschafts)Resolution auf den 'Kampf um betriebliche Vertretungsorgane, Arbeit in betrieblichen Vertretungsorganen, Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie' gelegt wird", korrigiert werden müsse. Mitnichten. In meinen Augen wird viel zu wenig Gewicht darauf gelegt, in der Resolution und noch mehr in der Praxis. Wir haben einerseits immer noch viel zu wenig begriffen, welche Bedeutung die betrieblichen Vertretungsorgane im Klassenkampf haben, und andrerseits ist unsre Politik noch in den meisten Fällen gar nicht danach ausgerichtet. Zum Glück gibt es bei uns keinen, der glaubt, man könne Gewerkschaftspolitik betreiben, indem unser ZK einen Privatkrieg mit dem Gewerkschaftsvorstand in Form von offenen Briefen aufnimmt, wie es die Abspaltung praktiziert. Trotzdem kann man nicht behaupten, daß unsre Zellen und Genossen in den Betrieben heute alle schon soweit sind, daß sie wirklich mit Blick auf die betrieblichen Vertretungsorgane Politik machen. So wäre an der Gewerkschaftsresolution in diesem Zusammenhang vielmehr zu kritisieren, daß praktisch kein Wort über die Arbeit in den betrieblichen Vertretungsorganen drinnensteht.Gerade das aber wäre wichtig. Denn wenn man Betriebsrat ist, fangen ja die Probleme erst richtig an. Und zwar gerade die, die wir jahrelang mit Hartnäckigkeit nicht sehen wollten. Nehmen wir ein krasses Beispiel: es geht um eine innerbetriebliche Lohnerhöhung für alle, die Firmenleitung schaltet auf stur und sagt kategorisch nein. Es müssen also Kampfmaßnahmen gesetzt werden. Aber welche? Überstunden Einstellen vielleicht. Und da geht es schon los. Soundsoviele Kollegen brauchen dringend das Geld und das Einstellen der Überstunden trifft sie sehr hart. Jetzt muß sich die Belegschaft einmal davon überzeugen, daß sie die Sache so und so sehen muß; gelingt das nicht, braucht man erst gar nicht weiterzureden. Gesetzt den Fall, es gelingt und die Überstunden werden eingestellt. Aber wie lange hältst du das durch? Zwei Wochen? Vier Wochen? Und was ist, wenn die Geschäftsleitung auch nach vier Wochen nein sagt (wobei sie natürlich die vier Wochen zu einer Reihe von Gegenmaßnahmen genutzt haben wird)? Härtere Kampfmaßnahmen? Aber welche gibt es noch? Den Streik.Aber welchen? Schachbrettartig, abteilungsweise, oder gleich ein Vollstreik? Erst einmal ein Warnstreik? Macht da die ganze Belegschaft mit? Zahlt es sich finanziell aus? Jede Streikstunde kostet den Arbeiter teures Geld. Wie ist es mit der Gewerkschaft, steht sie hinter dir oder nicht? Was ist, wenn sie nicht hinter dir steht? Und gesetzt den Fall, die Kollegen sind für den Streik, wie lange hält die Streikfront? Was ist, wenn die Kapitalisten länger als erwartet hart bleiben?
Das sind im Grunde genommen alles Fragen, die man in der Belegschaft vorher prüfen muß. Was ist zu tun, damit die Belegschaft nicht der Verlierer ist?
Daneben laufen natürlich außerdem noch Verhandlungen über ganz andre Sachen, über die Qualität des Mittagessens vielleicht, über den Lärmschutz in dieser oder jener Halle, über das Einarbeiten usw.usf. Und überall mußt du aufpassen, daß dich die andre Seite nicht legt, was sie natürlich ständig vorhat.
Die Bedeutung der Betriebsräte ist da natürlich enorm wie die Bedeutung dieser oder jener Politik der Gewerkschaft enorm ist. Ohne Gewerkschaft geht überhaupt nichts und je weniger in der Gewerkschaft geht, desto schwächer die Arbeiterbewegung. Es gibt Leute, denen das nicht in ihren Kopf hineingeht, weil sie sich selbst gerne als Mittelpunkt des Universums sehen. Nachdem wir nicht dieser Meinung waren, haben sie sich selbständig gemacht mit dem Erfolg, daß aus viel Unfug große Belästigung geworden ist.
Was wir zweifellos meinen ist das Weggehen von der früher geübten Phrasendrescherei und hin zu einer solchen Arbeit, die von den Tatsachen ausgeht und am Zustand der Arbeiter -und Gewerkschaftsbewegung anknüpft. Nachdem uns der Bannstrahl des "Revisionismus" bereits getroffen hat, können wir ruhig zu revidieren beginnen. Es wäre nur ein Fortschritt für die Kommunisten und für die Arbeiterbewegung, wenn der ganze Mist, der sich gerade in der Frage des Kampfs in den Gewerkschaften um eine revolutionäre, klassenbewußte Politik in unseren Reihen angesammelt hat, gründlich ausgeräumt werden würde. Einiges klärt sich unterdessen von selber: nachdem sich die Abspaltung erneut gespalten hat, dürfte für die Arbeiterbewegung die große Chance, durch weitere Drohbriefe an den Bundesvorstand am 1.April 1981 eine Zwischenlohnrunde mit der 5oo.- Schilling-Forderung zu inszenieren wohl endgültig verloren sein.

Statt um die "Zwischenlohnrunde" wird sich die Gewerkschaft jetzt wohl verstärkt um die Fragen der zunehmenden Arbeitslosigkeit, der Verkürzung des Arbeitstags, des Zustands der Arbeitslosenversicherung usw. kümmern können. Und wir als Kommunisten müssen dazu brauchbare Vorschläge liefern, die auf die Stärkung der Gewerkschaftsbewegung gegen Kapital und Staat zielen. Denn ohne hier jetzt etwas zu leisten, ist die Lohnfrage ohnehin praktisch nicht mehr zu lösen. Und wir müssen einiges klären in Bezug auf die Gewerkschaft überhaupt. Dazu sollten wir die nächste Zeit verwenden. -gesch-

## AKW

# Bemerkungen zur Bedeutung der Sowjetunion

(Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner-IÖAG/Energiegruppe: erarbeitet für die Internationale AKW-Gegner-Konferenz am 20.21.9.1980 in der Schweiz.)

Bei Betrachtungen über die internationale Energiepolitik wird die SU oft nur am Rande bzw. überhaupt nicht erwähnt, zum einen, weil in den einschlägigen Statistiken die Taten für die SU weitgehend fehlen, zum anderen - und damit im Zusammenhang - weil das von der SU beherrschte Wirtschaftsgebiet und der Rest der Welt immer noch - z.T. aufgrund quantitativ relativ geringen Austausches - als zwei getrennte Weltwirtschaften erscheinen. Daher kommt es leicht dazu, daß das Energieproblem in erster Linie als Problem der westlichen Länder erscheint und die wesentliche Rolle der SU in der internationalen Energieszene unter den Tisch fällt. Diese Betrachtungsweise liegt allerdings durchaus im Interesse der SU.

### DIE AKTUELLE SOWJETISCHE ENERGIEPOLITIK

Die gegenwärtige sowjetische Energiepolitik wird vor allem dadurch kompliziert, daß sich die SU ab 1985 selbst einer ernsten Energieknappheit gegenübersehen wird. Gegenwärtig sind 43% der Primärenergie erzeugung der SU Erdöl, die SU ist mit geschätzten 600 Mio. to Erdöl für 1980 der größte Erdölproduzent vor den USA und gleichzeitig größter Erdölexporteur. Nach einer Studie des CIA jedoch, die im letzten halben Jahr mehr und mehr auch von den anderen Fachleuten akzeptiert wurde, wird die SU ihre Erdölförderung in der nächsten Zeit kaum im nötigen Ausmaß steigern können, sogar ein Sinken der Fördermenge ist möglich.
Die Ursachen dafür sind folgende: Ein großer Teil der in der SU vermuteten zusätzlichen Reserven liegt außerhalb der Reichweite der fördertechnisch rückständigen sowjetischen Erdölindustrie. Die Lagerstätten, aus denen gegenwärtig gefördert wird, haben zum Großteil bereits ihren Höhepunkt erreicht. Zudem hat das Bestreben möglichst rasch viel aus den Lagerstätten zu holen, zu einem Raubbau an den Vorkommen geführt, d.h. den Anteil des förderbaren Öls am Gesamtvorrat gesenkt. Ein alter Plan der SU, Japn mit seiner überlegenen Technik für die Aufschließung der sibirischen Ölfelder zu gewinnen, ist aus politischen Gründen gescheitert (Japan verlangt die nach dem 2.Weltkrieg von der SU besetzten Kurilen-Inseln zurück).
Die Grundzüge der aktuellen sowjetischen Energiepolitik können nur vor dem Hintergrund dieser Energieverknappung und den zu Beginn genannten allgemeinen Zügen der sowjetischen Wirtschaft bzw. Wirtschaftspolitik gesehen und folgendermaßen zusammengefaßt werden:

a) Die SU forciert mit aller ihrer Kraft das AKW-Programm. Trotz aller Anstrengungen jedoch bleibt das Wachstum des AKW-Sektors wegen der schwachen wirtschaftlichen Basis hinter dem des Westens zurück. Heute Steuert die Kernenergie erst 1% zum Energieverbrauch der SU bei. Um trotzdem rasch einen größeren Beitrag der Kernenergie zum Primärenergieaufkommen zu erzwingen, will man nicht nur die produzierte Elektrizität sondern auch die Abwärme nutzen. Da jedoch Fernwärmeleitungen für die SU zu kostspielig sind, sucht man solche Kraftwerke in möglichst dicht verbaute Gebiete zu setzen. Außerdem wird an Sicherheitseinrichtungen gespart (so besitzt der 440 MW WWER-Reaktor nicht einmal ein Containment =

b) In das SU AKW-Programm sind die COMECON Länder bereits mit eingespannt. Da die COMECON-Länder ihre Energieverbrauchszuwächse durch AKWe sowjetischer Provenienz decken müssen, wurde die SU zum zweitgrößten AKW-Exporteur hinter den USA. Das bringt natürlich einen wirtschaftlichen Vorteil für die SU, da sie Kapital zur Verfügung nimmt, das die anderen COMECON-Länder in Form technischer Leistungen für den AKW-Bau zur Verfügung stellen müssen. Die Erzeugung der AKWe und ihre Endmontage bleibt aber in sowjetischen Händen. Ebenso die Urananreicherung, die für Schnelle Brüter geplante Wiederaufbereitung und die Abfallagerung. Insgesamt heißt all das verstärkte Kontrolle der SU über die gesamte COMECON-Energiewirtschaft.

c) Die SU versucht, auch in Entwicklungsländer AKWe zu exportieren, wobei sie, wie der Vertreter der SU auf der Generalversammlung der IAEA in Wien 1979 feststellte, die Lieferung des angereicherten Urans für die gelieferten sowjetischen Reaktoren sowie die Wiederaufbereitung der abgebrannten Brennelemente gleich mitübernehmen will. D.h., daß der Reaktorkäufer gleich in den sowjetischen Brennstoffkreislauf integriert und damit kontrolliert wird. Konkrete Projekte für den russischen AKW-Export bestehen mit Cuba und Libyen, Indien ist in Verhandlungen, Afghanistan war vor längerer Zeit geplant, wurde aber bisher noch nicht wieder aufgenommen.

d) Die SU greift nach dem Mittleren Osten. Der Nahe Osten ist von zentraler Bedeutung für die Energieversorgung Westeuropas und Japans und damit für die Wirtschaft dieser Länder. Die SU hat heute Truppen in Afghanistan, Äthiopien, Südjemen, der Iran leidet unter schweren inneren Konflikten, in die die SU sowohl über die ihr ergebene Tudeh-Partei als auch durch ihre eigenen Truppen eingreifen kann. Innere Nationalitätenkonflikte (Belutschistan, Kurdistan, ...) und nationale Konflikte (Iran-Irak) bieten zusätzliche Eingreifmöglichkeiten. Auch viele andere Länder der Region stehen aufgrund der fortgesetzten wirtschaftlichen Ausplünderung durch die westlichen Länder und die Aggression Israels in einem gespannten Verhältnis zum Westen und haben sich wirtschaftlich oder politisch bereits eng an die SU angelehnt (Syrien, Libyen). Saudi-Arabien, die Emirate etc. sind zwar reiche, aber von inneren Gegensätzen zerrissene und militärisch eher schwache Länder. Die eigene zunehmende Ölknappheit könnte den Griff der SU nach dem Nahen Osten beschleunigen.

e) Trotz eigener Energieknappheit versucht die SU ihre Energieexporte in den Westen auszuweiten, einerseits, um als Gegenleistung moderne Technologie zu erhalten, andererseits, um durch "wirtschaftliche VErflechtung" bzw. Forcierung der "internationalen Arbeitsteilung" Westeuropa dazu zu bringen, die militärische weltweite Expansion der SU im Interesse der "friedlichen Wirtschaftsbeziehungen" in Europa mit Stillschweigen bzw. politischem Sich-Ruhig-Verhalten zu übergehen.
Obwohl die SU die Importwünsche der COMECON-Länder nicht mehr befriedigen kann und sie Öl gegen Devisen in immer größeren Ausmaß auf dem Weltmarkt einkaufen müssen, soll z.B. Polen sowohl mehr Kohle nach Österreich exportieren als auch Strom aus eigens dafür in Polen gebauten Kraftwerken. Trotz der eigenen Schwierigkeiten mit der Erdgasversorgung versucht die SU, immer mehr Erdgas nach dem Westen zu exportieren, auch wenn das nur durch einen militärischen Überfall auf ein Nachbarland möglich ist.
Ein besonderer Plan dieser Politik ist der Gesamteuropäische Stromverbund, der mit einen Beitrag dazu leisten soll, die westeuropäischen Länder mit Hilfe ihres eigenen wirtschaftlichen Interesses auf ein freundSchaftliches Verhältnis zur SU festzulegen.

### DIE HALTUNG DER WESTEUROPÄISCHEN LÄNDER

Eine der gängigen Doktrinen, mit denen die westeuropäischen Regierungen der sowjetischen Politik entgegentreten, argumentiert etwa so:

Der Austausch von Technologie gegenRohstoffe, Energie etc. ist für den Westen in einem gewissen Ausmaß günstig. Denn a) benötigt die SU die westliche Technologie mehr als der Westn die östliche Energie, und daher wird die SU an einer weiteren Entspannung interessiert sein.
b) Dieser Handel bewahre auch die östliche Wirtschaft vor noch ernsteren Krisen, die die SU zu einem militärischen Abenteuer treiben könnten. Z.B. könnten die Schwierigkeiten der SU, neue Erdölquellen zu erschließen, zu einem militärischen Vorstoß der SU im Nahen Osten führen. Diese Taktik könne c) so lange aufrecht erhalten bleiben, als der wirtschaftliche Vorsprung des Westens durch Wirtschaftswachstum und Innovation aufrecht bleibe (z.B. durch Forcierung der AKW-Programme). So könne man durch die wirtschaftliche Überlegenheit und Entspannung den Ostblock allmählich aufweichen.

Dieses Konzept hat mehrere Haken:
+ Das Geschäft Technologie gegen Energie erleichtert die militärischen Anstrengungen der SU.
+ Die EG ist für die Reproduktion (d.h. Wirtschaftsprozeß ohne Wachstum) nur in geringem Maß auf den Osthandel angewiesen, was ihre Gesamtheit betrifft (ca. 2% der Ausfuhr der meisten EG-Länder geht in die SU). Da aber Ziel der westlichen (kapitalistischen) Produktion der Profit ist, sind eben ein par Prozent Export weniger nicht mehr so irrelevant (wenn man z.B. annimmt, daß der Export der EG in den ganzen COMECON etwa 5% ihres Gesamtexportes beträgt), wirken sich doch geringfügige Änderungen im Ertrag des Kapitals bereits stark auf seine Wachstumsgeschwindigkeit aus. Geringere Wachstumsgeschwindigkeit bewirkt jedoch ein baldiges Zurückbleiben hinter den Konkurrenten, insbesondere aus der USA und Japan. Deshalb sehen gerade die Wirtschaftskapitänebei aller grundsätzlichen Bereitschaft, den Russen entgegenzutreten, in jedem konkreten Fall keinen Anlaß, konkrete Geschäfte einer politischen Doktrin zu opfern. So ließen sich die deutschen Wirtschaftsbosse durch den Einmarsch der SU in Afghanistan nicht hindern, wenige Tage später die SU-Parteiführer zu wirtschaftlichen Gesprächen zu treffen - ein Boykott der SU durch die EG blieb aus.
+ Der Kurs, hohe Produktivität um jeden Preis zu erzielen, bringt jedenfalls in der Form, wie er gegenwärtig praktiziert wird, große Risken und innere Widersprüche mit sich. Ein Kernstück dieser Politik ist das AKW-Programm, ein Programm, an dem die EG-Staaten wie in keinem anderen Fall bisher in seltener Einigkeit und Koordination arbeiten. Die Verwirklichung dieses Programms soll nicht nur größere Unabhängigkeit in der Versorgung der Wirtschaft mit möglichst billiger Energie auf der Basis möglichst moderner Technologie sichern, sondern auch die EG in eine führende Stellung auf einem der wichtigsten Sektoren des Zukunftsmarktes in der Elektroindustrie manövrieren, d.h. auf zweifache Weise durch neue Technologie zukünftige Gewissen und technische Überlegenheit sichern. Allerdings ist den AKW-Gegnern gut bekannt, um welchen Preis. Außerdem ist durchaus noch nicht klar, wie weit sich dieses Programm überhaupt praktisch durchsetzen läßt.

Aber noch in einem anderen Zusammenhang ist die Annahme, der gegenwärtige Weg des Wirtschaftswachstums und der Produktivitätssteigerungen würden nicht nur Arbeitslosigkeit verhindern, sondern auch die SU in die Schranken weisen, ein Irrtum:
Der gegenwärtige Weg der Produktivitätssteigerung durch Niederkonkurrieren der weniger produktiven Wirtschaft durch die produktivere führt nicht nur zu sozialen Spannungen in Europa (z.B. in England und

AKW

# für die internationale Energiepolitik

Italien), sondern auch, was heute viel spektakulärer ist, zu einem Anwachsen des Nord-Süd-Konfliktes.
Da reden die Politiker darüber, wie sehr wir verpflichtet sind, den Entwicklungsländern durch den Bau von AKWen zu helfen. Aber der Abstand zwischen den reichen Nationen und der Mehrheit der Weltbevölkerung ist in den letzten 20 Jahren trotz der angeblichen Wirtschaftshilfe nur noch größer geworden. Und das letzlich auf Grund er Tatsache, daß die Industrienationen ihre Beziehungen zu den Entwicklungsländern nach Maßgabe ihrer eigenen möglichst raschen Entwicklung gestaltet und damit eine eigenständige Entwicklung dieser Länder verhindert haben.
Dazu ein Beispiel aus der jüngsten Zeit:

Ein hoher Beamter des irakischen Außenministeriums äußerte seine Forderungen an Europa bezüglich der Stabilisierung des Ölmarktes:
+ Ausschaltung der mulitnationalen Gesellschaften, die durch Absprachen den Ölmarkt manipulieren.
+ Abgehen vom Aufblähen des scheinbaren Verbrauchs durch Anlage von "strategischen Reserven".
+ Öffnung des Marktes für verarbeitete Ölprodukte der arabischen Länder
+ Verständnis für die Bestrebungen in der Politik der arabischen Länder. Weiters verstärkter Technologietransfer.

Aber bereits seit Jahren weigert sich die EG, auf ähnliche Forderungen einzugehen. Es ist wohl klar, daß man damit unter anderem auch die Länder der Dritten Welt in die Arme der SU treibt.

DIE ÖSTERREICHISCHEN ENERGIEGESCHÄFTE MIT DEM OSTEN

Die österreichischen Handelsbeziehungen mit der SU insbesondere auf dem Gebiet der Energie sind wesentlich enger als die der EG. Der Anteil des österreichischen Exports in den sowjetischen Block (ausgenommen Jugoslawien) am österreichischen Gesamtexport betrug 1979 13,7%. Dabei entfielen je 3,1% auf Polen, SU und Ungarn, auf die CSSR 1,8% (Wr. Börsenkurier 3/80). Die Primärenergie Österreichs wird zu ca. 30% durch Importe aus dem COMECON aufgebracht (bei einer Gesamtimportquote von 60%). Dabei umfaßten die Ostimporte kaum Erdöl, das zu etwa 40% aus dem Irak kommt, sondern hauptsächlich Kohle (z.B. für die Hochöfen von Linz) und Erdgas. Diese hohe Importabhängigkeit Österreichs von COMECON-Energielieferungen wurden von Bundeskanzler Kreisky so kommentiert: (zitiert gem. apa 278, 1980-03-07)
"Zur Abhängigkeit Österreichs in der Energieversorgung von den Ländern des Ostblocks erklärte Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky, daß Österreich auf diesem Gebiet immer von irgendjemand abhängig sein werde. Sei es nicht Polen oder die UdSSR, so seien es Gaddafi bzw. die Ölstaaten des Mittleren Ostens. Der Unterschies sei hier nur, daß die Ölländer unser Geld nicht brauchen, während Polen und die anderen Oststaaten auf unsere Devisen angewiesen sind, um damit von ihnen benötigte Waren einkaufen zu können. ...Was eine mögliche Erpressung Österreichs durch Energielieferanten betrifft, so sei dies ein Grund mehr, für eine Entspannung der wltpolitischen Lage zu plädieren."

Besonders eng ist die Zusammenarbeit Österreichs auf dem Gebiet der Energiewirtschaft mit Polen. Österreich bezieht aus Polen Kohle. Im letzten Jahr fand eine rege Besuchstätigkeit zwischen Österreich und Polen statt (Kreisky und Androsch fuhren im November 1979 nach Warschau, Außenminister Pahr im Mai 1980 ebenfalls, und der damals neue polnische Ministerpräsident Babiuch im Juni 1980 nach Wien - es war wohl, außer vielleicht Moskau, der letzte Staatsbesuch Babiuchs, bis er durch den großen Auguststreik gestürzt wurde), die diplomatischen Beziehungen weisen - wie es in der Diplomatensprache heißt - eine hohe Qualität auf. Bei den Gesprächen ging es insbesondere auch um weitere Lieferungen von Kohle und Elektrizität aus Polen. Von österreichischer Seite wurde vorgeschlagen, ein neues Kraftwerk in Polen zu bauen und Strom nach Österreich zu liefern. Weiters ist auch noch das Projekt einer Kohlepipeline von Polen nach Österreich aktuell, nur müsse ein zusätzlicher Abnehmer gefunden werden (BRD, Italien, Schweiz oder CSSR), weil Österreichs Verbrauchskapazität im Verhältnis zur rentablen Lieferkapazität der Pipeline zu klein sei.
Auf ein anderes großes Zukunftsprojekt, zwischen Österreich und dem COMECON, bei dem Polen eine besondere Rolle spielt - den Ost-West-Stromverbund - soll später eigens eingegangen werden. Abgesehen von Polen ist die UdSSR ein bedeutender Energielieferant Österreichs durch ihre Erdgaslieferungen. Deren Ausweitung kam aber ins Stocken, weil nach der Revolution im Iran, dessen Erdgas in einem "switch-Geschäft" nach Österreich geliefert werden sollte, der Iran nicht mehr bereit war, zu den noch vom Schah eingegangenen Bedingungen an die SU zu liefern. Der von der SU gezahlte Preis lag weit unter dem Verkaufspreis für sowjetisches Gas. Wie sehr nun die österreichischen Politiker darauf hoffen, daß die Lieferländer der Dritten Welt noch dem Druck der SU weichen, zeigt folgendes:

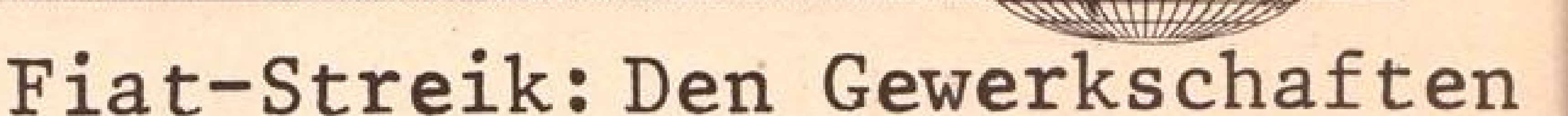
Im Mai 1980 drückte Handelsminister Staribacher seine Hoffnung aus, daß der Iran noch die unter dem Schahregime eingegangenen Verpflichtungen gegenüber der UdSSR erfüllt. Das würde für Österreich und Westeuropa die Chance für verstärkte Erdgaslieferungen aus der UdSSR bieten (Salzburger Nachrichten, 20.5.1980). Was war passiert? Aufgrund der Zuspitzung der Krise zwischen dem Iran und den USA im Zusammenhang mit der Geiselnahme und den wirtschaftlichen und militärischen Pressionen der USA gegenüber dem Iran war der Iran der SU zumindest teilweise nähergerückt. Ein Grund zum Jubeln für österreichische Politiker? Nun ist nich auszuschließen, daß Österreich, genauso wie die BRD und Frankreich, letztlich - wenn auch in einem "switch-Geschäft" - afghanisches Erdgas beziehen.
Für die Haltung der österreichischen Regierung ist typisch die Agentur-Meldung über einen Kreisky-Besuch in Polen 1977: "Ein weiteres großes Projekt, das er mit Jaroszewicz erörtert habe, sei die Idee eines

Fortsetzung S. 18

# Demonstration gegen beide Volksbegehren

An die 4000 Menschen demonstrierten am 3.November gegen die Manöver der Bourgeoisie, die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf auf diese oder jene Tour durchzudrücken. Die Demonstration begann Ecke Stiftgasse - Mariahilferstraße im 7.Wiener Gemeindebezirk und führte über die Mariahilferstraße und den Ring zum Ballhausplatz, wo vor dem Bundeskanzleramt eine Abschlußkundgebung stattfand.
"Das Nein zu Zwentendorf muß bleiben" war der Haupttenor der Demonstration, an der sich viele Anti-AKW-Gruppen und -Organisationen beteiligten. Die von Regierung und bürgerlichen Gewerkschaftsführern immer wieder aufgewärmte Lüge "Das AKW sichert Arbeitsplätze" wurde zurückgewiesen (wenngleich das Argument, daß dort, wo die meisten AKW's stehen, auch die größte Arbeitslosigkeit herrscht, am Kern des Problems vorbeigeht). Alois Englander von der ARGE "Nein zu Zwentendorf" erklärte - auf Probleme der Anti-AKW-Bewegung eingehend - "es gibt nur einen Riß, und das ist der im Beton von Zwentendorf; und es gibt nur eine Spaltung, und das ist die zwischen AKW-Befürwortern und AKW-Gegnern."
Dennoch darf nicht übersehen werden, daß die Anti-AKW-Bewegung heute vor Problemen steht, die, wenn sie nicht richtig behandelt werden, zu einer Spaltung und Schwächung dieser Bewegung führen könnten, was wiederum die Positionen der Bourgeoisie zur Inbetriebnahme des AKW-Zwentendorf stärken würden.
Auch wenn Frau Schmitz innerhalb der Anti-AKW-Bewegung spalterische Manöver durchführt, auch wenn diese Dame mit ihrem Volksbegehren zur Umrüstung des AKW Zwentendorf auf ein kalorisches Kraftwerk in aller Öffentlichkeit objektiv die Anti-AKW-Bewegung zu spalten und auch sonst Verwirrung zu stiften versucht - so ist es deshalb noch nicht richtig, die Losung "Keine Stimme den beiden Volksbegehren" zur Grundlage einer Aktionseinheit zu machen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die beiden Volksbegehren in der Zwischenzeit mit einer Blamage ihrer Initiatoren endeten. Andrerseits darf niemand daran gehindert werden, gegen Machinationen a la Frau Schmitz aufzutreten.

Heute steht die Anti-AKW-Bewegung vor dem Problem, unter geänderten Bedingungen neuerlich eine solche Taktik zu entwickeln, die den Spielraum der Bourgeoisie soweit wie möglich einengt und diese in die Defensive zwingt; eine Taktik, die die AKW-Frage nicht zum Spielball von Profilierungsversuchen bürgerlicher Parteien verkommen läßt, sondern die Initiative in dieser Frage den Massen gibt, so wie es 1978 der Fall war. Heute verfügt diese Bewegung nicht über eine solche Taktik. Es ist daher nicht verwunderlich, daß in einer solchen Situation verschiedene Widersprüche innerhalb der Bewegung aufbrechen und dazu führen, daß verschiedene Gruppierungen innerhalb der Bewegung ihre eigenen Wege zu gehen versuchen.
"Bürgerliche Kräfte hinaussäubern" - das ist heute aller Wahrscheinlichkeit nach leichter durchzuführen, als diese Kräfte ungeachtet ihrer Spaltungsmanöver dazu zu bringen, weiterhin aktiv und zusammen mit dem Gros der Anti-AKW-Bewegung gegen die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf aufzutreten. Wie schwer Letzteres auch sein mag - es ist notwendig, um auch in Zukunft den AKW-Plänen der Bourgeoisie wirksam entgegentreten zu können. Daher wäre es vielleicht besser gewesen, statt am 3.November eine Demonstration vieler am 5.November eine Demonstration aller Anti-AKW-Gruppen zu organisieren.
Trotz dieser Probleme standen auf der Demonstration nicht Losungen wie "Keine Stimme den beiden Volksbegehren" im Vordergrund; die Hauptstoßrichtung war klar gegen die Inbetriebnahme des AKW-Zwentendorf gerichtet. Aufbauend auf dieser Tatsache geht es jetzt darum, neuerlich eine Taktik zu entwickeln, die den AKW-Plänen der Bourgeoisie einen Strich durch die Rechnung macht. Wir Kommunisten werden versuchen, entsprechend unseren Kräften einen Beitrag zur Ausarbeitung einer solchen Taktik zu leisten. Z.O.




# Fiat-Streik: Den Gewerkschaften

*Am 16. Oktober ging der 35-tägige Streik in allen Autofabriken des FIAT-Konzerns gegen die geplanten 14.490 Entlassungen, einer der längsten und härtesten Streiks seit 1969, zu Ende. Am 10. Oktober hatte noch ein Generalstreik der drei Gewerkschaften CGIL - CISL - UIL die FIAT-Arbeiter unterstützt. Nach dem Generalstreik war die Regierung Cossiga zurückgetreten und FIAT hatte die bereits ausgesprochenen Entlassungen rückgängig gemacht. Der Kompromiß vom 16. Oktober - statt 14.490 Entlassungen Kurzarbeit für 23.000 - wurde von der Gewerkschaftsführung durchgesetzt gegen den Widerstand beträchtlicher Teile des Vertrauensleutekörpers der Turiner FIAT-Betriebe.*

*Mit dem 16. Oktober begann, eingeleitet von einer "Selbstkritik" der PCI-Revisionisten und einiger Gewerkschaftsführer - die große Abrechnung: Der "Prozeß" gegen die Metallarbeitereinheitsgewerkschaft FLM, v.a. gegen ihren Vertrauensleutekörper bei FIAT, der den Streik organisiert hatte. Ihr "Verbrechen": der Klassenkampf. Die Führer der PCI-Revisionisten und PSI-Reformisten, die während des Streiks demagogisch den Agnelli-Clan wegen seiner Sturheit beschimpft hatten, überschlugen sich jetzt in Reuebekenntnissen, man hätte den Streik vermeiden sollen. Verkündet wird das "Ende der alten Gewerkschaftsbewegung": nur mit Forderungen und Ablehnung von Unternehmensbeschlüssen ginge es nicht; notwendig sei jetzt eine "neue Kultur der Krise". Der "eigene Plan" der Arbeiterbewegung für die Bewältigung der Krise soll aber nicht - um Himmels willen - in einem revolutionären Angriff aufs kapitalistische Privateigentum bestehen, sondern in höherer Produktivität, in mehr "Mobilität" der Arbeiter (von einem Arbeitsplatz zum andereren) und in mehr Verständnis für die Probleme der Kapitalisten. Das Ziel des "Prozesses": in der Arbeiterbewegung soll die Linie der Unterwerfung unter die Pläne der staatlichen und privaten Monopole für die Behauptung in der imperialistischen Konkurrenzschlacht durchgesetzt werden. In diesem "Prozeß" sollen durchaus auch Köpfe rollen: Die Absetzung der drei Generalsekretäre der FLM, Galli, Bentivogli und Mattina, wird vorbereitet. (Corriere della sera, 29.10.)*

DIE FIAT-GRUPPE
Daten des ersten Halbjahres 1980

11 Teilgesellschaften (PKW-Bau, inclusive Lancia und Autobianchi, LKWs, Stahlwerke, Flugzeugwerke, bis zu Beteiligungen in der Nuklearindustrie),
Gesamtumsatz: 156 Mrd. Schilling,
Gesamtbeschäftigte: 354.000,
Hauptgesellschafter:
IFI (Familie Agnelli) 30%
Libyen 10%.

SCHWERE KRISE IN DER AUTOINDUSTRIE

In den USA setzten die vier großen Konzerne, General Motors, Ford, Chrysler und American Motors, 1978 noch 9,8 Mio. Autos allein auf dem amerikanischen Markt ab und erzielten dabei einen (bilanzmäßig ausgewiesenen) Gewinn von 36,5 Mrd. S. Heuer werden sie weniger als 7 Millionnen Autos verkaufen und einen Verlust von über 45 Mrd. S ausweisen (Ford 25 Mrd., Chrysler 13,5 Mrd., GM 6). (Corriere della sera, 11.11.)

In Europa ist der PKW-Absatz in der ersten Jahreshälfte 1980 im Vergleich zum selben Zeitraum 1979 um 440.200 (7%) gesunken. Dabei haben sich die Marktanteile gewaltig verschoben:

| | Marktanteil in % 1980 | Marktanteil in % 1979 | Veränderung in % der Verkaufszahlen |
|---|---|---|---|
| Peugeot S.A. (Peugeot, Citroen, Talbot) | 14,5 | 16,6 | - 18,8 |
| Renault | 13,4 | 11,7 | + 7,3 |
| VW-Audi | 12,8 | 12,9 | - 7,6 |
| FIAT | 12,7 | 11,7 | + 7,3 |
| Ford | 10,9 | 12,0 | - 15,0 |
| Japanische Firmen | 10,0 | 7,1 | + 30,8 |
| Opel (GM) | 9,2 | 10,1 | - 15,6 |

(Corriere della sera, 29.10.1980)

FIAT hat das Halten seiner Position v.a. der Tatsache zu verdanken, daß in Italien der Bestand an alten PKWs überdurchschnittlich hoch war und daher 1980 in Italien besonders viele Autos zu verkaufen waren (was ebenso besonders schlechte Verkaufsaussichten für die nächsten Jahre bedeutet).

Drastisch zeigt sich der Einbruch der japanischen Autoindustrie auf dem Markt jener Länder, die keine eigene Autoproduktion haben und daher auch keine staatlichen Schutzmaßnahmen zum Abschirmen der "eigenen" Produktion, wie sie z.B. FIAT in Italien (Marktanteil um 50%) noch genießt, setzen:

| Marktanteil japanischer Autos in % | |
|---|---|
| Griechenland | 43,7 |
| Norwegen | 38,2 |
| Finnland | 35,5 |
| Irland | 31,3 |
| Belgien, Niederlande | 25,7 |
| Österreich | 18,5 |

(Corriere della sera, 29.10.1980)

Die Nachfrage auf dem Automarkt wird aber in den nächsten Jahren noch weiter sinken. Im November 1980 mußte z.B. auch Toyota, einer der Führer der japanischen Exportoffensive und nach Stückzahlen bereits vor General Motors der größte Autoproduzent der Welt, eine Produktionseinschränkung um 200.000 Einheiten verkünden (Le monde, 6.11.)

MILLIARDENINVESTITIONEN - "EINER SCHLÄGT VIELE TOT"

In vielen Fällen mit gewaltigen Staatshilfen - also mit "umverteilten" Steuergeldern der Massen - investieren die Automonopole derzeit gewaltige Summen, um die Konkurrenz durch billigere Produktion vom Markt zu verdrängen. Ein gewaltiger Vorsprung der japanischen Autoindustrie besteht ja darin, daß sie die Produktion weitgehend automatisiert haben. Etwa die Hälfte der in der Autoindustrie eingesetzten Industrieroboter ist in Japan aufgestellt; die Karosserieproduktion bei Toyota und Nissan geht vollautomatisch vor sich.

Allein GM, Ford und Chrysler haben bis 1985 ein Investitionsprogramm von insgesamt 1.017 (eintausendundsiebzehn) Milliarden S aufgestellt - das ist mehr, als das NASA-Mondflugprogramm (zu heutigen Preisen umgerechnet) gekostet hat. (Corriere della sera, 11.11.) Ford setzt aufs "Weltauto", den neuen Escort: Die Komponenten werden in elf Fabriken in fünf verschiedenen europäischen Ländern und in vier amerikanischen Fabriken hergestellt, weitere Teile aus Italien, Brasilien und Japan bezogen; das Grundmodell ist für den ganzen Weltmarkt das gleiche. In der neuen Ford-Fabrik in Bridgend (GB) steht ein Industrieroboter, der die Arbeit von sechs Arbeiterstunden in 12 Minuten erledigt. Die 76 Industrieroboter in Halewood (GB) und Saarlouis (BRD) bauen eine Karosserie in



44 Sekunden (und 50 Karosserien gleichzeitig). Investitionskosten allein dafür: 210 Mio. S. (Corriere della sera, 23.10.) General Motors investiert bis 1985 508 Mrd. und baut sechs neune Fabriken in Europa (Portugal, Nordirland, Österreich).

Gleichzeitig sind in den USA derzeit 300.000 von 600. Autoarbeitern arbeitslos. Bis 1990 werden nach einer Studie des Massachusetts Institute of Technology etwa 200.000 Arbeitsplätze von ungelernten und angelernten Arbeitern vernichtet sein. (Corriere della sera, 11.11.)

British Leyland, das britische Staatsmonopol (Mini, Austin, Rover) schließt 14 Fabriken, baut 30.000 Arbeiter ab und investiert in sechs Jahren 30 Mrd. S in die Umwälzung der Produktionsanlagen. (Corriere della sera, 23.10.) Aus weniger Arbeitern mehr herausholen, ist die Voraussetzung für die Milliardeninvestionen: wo kein Profit in Aussicht, wird nicht investiert.

Wenn bei abnehmendem Gesamtabsatz mehr und (relaitv) billigere Autos produziert werden, wird der Konkurrenzkampf zur Vernichtungsschlacht. Der Präsident von American Motors schätzt, daß bis zum Jahr 2000 von den derzeit etwa 30 Atomobilproduzenten höchstens 12 überleben werden (Corriere della sera, 11.11.) Unter besonderem Druck stehen dabei die kleineren, kapitalschwächeren europäischen Firmen, die einem Zangenangriff von seiten der Japaner und Amerikaner ausgesetzt sind. Schon an den jetzigen Fusionen läßt





# soll das Genick gebrochen werden !

sich ablesen, wer auf der Strecke bleiben bzw. geschluckt werden wird. Mehr oder weniger weitreichende Kooperationsverträge gibt es zwischen:

RENAULT - PEUGEOT (Regie Renault ist Staatsmonopol, Peugeor-Citroen-Talbot ist ein privater Konzern; die Motorenproduktion erfolgt schon jetzt weitgehend in gemeinsamen Fabriken)
RENAULT - VOLVO (gemeinsame Entwicklungsprojekte, Kooperation auf "Drittmärkten")



RENAULT - AMERICAN MOTORS (Renault ist zu 22,5% an AM beteiligt. AM ist der kleinste amerikanische Produzent mit 1,7% Marktanteil. Bekannteste Marke: Jeep)
PEUGEOT - FIAT (gemeinsame Entwicklung eines neuen Sparmotors)
PEUGEOT - CHRYSLER (Peugeot hat das europäische Netz von Chrysler aufgekauft und ist außerdem an Chrysler-USA beteiligt)
FORD - TOYOTA
NISSAN (Datsun) - ALFA (Datsun-Karosserie mit Alfa-Motoren; die Produktionsanlagen werden in Süditalien gebaut)
HONDA - BRITISH LEYLAND.

Abzusehen ist, daß in den Neunzigerjahren der Markt beherrscht werden wird von General Motors, Ford, ein bis zwei japanischen Konzernen, VW und einem italienisch-französischen Monopol.

*"Sobald die kapitalistische Produktionsweise auf eigenen Füßen steht, gewinnt die weitere Vergesellschaftung der Arbeit und weitere Verwandlung der Erde und anderer Produktionsmittel in gesellschaftlich ausgebeutete, also gemeinschaftliche Produktionsmittel, daher die Expropriation (=Enteignung) der Privateigentümer, eine neue Form. Was jetzt zu expropriieren, ist nicht länger der selbstwirtschaftende Arbeiter, sondern der viele Arbeiter exploitierende (ausbeutende) Kapitalist. Diese Expropriation vollzieht sich durch das Spiel der immanenten (eigenen) Gesetze der kapitalistischen Produktion selbst, durch die Zentralisation der Kapitale. Je ein Kapitalist schlägt viele tot. Hand in Hand mit dieser Zentralisation oder der Expropriation vieler Kapitalisten durch wenige entwickelt sich die kooperative Vorm des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter, die bewußte technische Anwendung der Wissenschaft, die planmässige Ausbeutung der Erde, die Verwandlung der Arbeitsmittel in nur gemeinsam verwendbare Arbeitsmittel, die Ökonomisierung (sparsame Nutzung) aller Produktionsmittel durch ihren Gebrauch als Produktionsmittel kombinierter, gesellschaftlicher Arbeit... Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren (an sich reißen) und monopolisieren, wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse. Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist."* (Karl Marx, Das Kapital, Band I, S. 790/1)

## DIE HINTERGRÜNDE DER FIAT-KRISE

Seit 1970 hat der Marktanteil der italienischen Autohersteller (FIAT, Alfa) im EG-Raum von 18,2 auf 14% abgenommen; der Anteil am eigenen italienischen Markt von 72,3 auf 60%. Die Schwäche der italienischen Konzerne in der Konkurrenzschlacht ist keine neue Entwicklung. Der starke Rückgang der Gesamtnachfrage macht diese Schwäche nur besonders drükkend. (L'Avanti, 22.9.)

Der Ausgangspunkt dieser Entwicklung liegt in den Jahren 1968/69. Das "italienische Wirtschaftswunder" der Sechzigerjahre beruhte auf der Niederschlagung und Spaltung der italienischen Arbeiterbewegung nach 1945, auf dem Polizeiterror der Regimes von Segnis und Tambroni in den Fünfzigerjahren, auf extrem niedrigen Löhnen und unmenschlichen Arbeitsbedingungen. Hunderttausende von ruinierten Bauern des Südens wurden in die Fabriken des Nordens getrieben und dort verheizt. 1968/69 brach die Rebellion der Arbeiter aus in der längsten und härtesten Streikserie der Nachkriegsgeschichte. Diese Rebellion änderte nichts an der Herrschaft der Bourgeoisie, sie stärkte den Einfluß der Reformisten und Revisionisten im Staat und erzwang eine deutliche Steigerung der Löhne und eine entscheidende Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Das neue "Arbeitsstatut" (eine Art "Arbeitsverfassungsgesetz") stärkte die Gewerkschaften und brachte entscheidende Mitspracherechte in der Organisierung des Arbeitsprozesses. Der zügellosen Ausbeutung in der Fabrik wurden wirkliche Schranken auferlegt.

Vom Standpunkt des Kapitals schlägt sich das so nieder:

| | Stundenlohn (in DM) | Produktionswert je Arbeitsstd. | Produktionswert je Arbeitskosteneinheit | Produktionskosten je Produktionseinheit |
|---|---|---|---|---|
| BRD | 22,20 | 100 | 100 | Joo |
| USA | 17,25 | 95 | 122 | 82 |
| Frankreich | 16,70 | 80 | 107 | 93 |
| Großbritannien | 12,45 | 56 | 100 | 100 |
| Japan | 12,10 | 74 | 135 | 74 |
| Italien | 17,25 | 56 | 72 | 132 |

(Untersuchung der Deutschen Bank, Frühjahr 1980, Corriere della sera, 29.10.1980)

Unter solchen Voraussetzungen überlegt es sich natürlich der Kapitalist, neues Kapital zu investieren. Oder vielmehr: Er muß einen politischen Vorstoß zur Verbesserung der Ausbeutungsbedingungen unternehmen, um die Bedingungen für die Verwertung seines (bzw. seines geliehenen) Kapitals zu verbessern. Genau das ist der Hintergrund der von FIAT beabsichtigten 14.000 Entlassungen. Im Kampf auf Biegen und Brechen um die Veränderung der Kräfteverhältnisse zwischen Borugeoisie und Proletariat haben die Agnellis Erfahrung seit den Fabriksbesetzungen 1920/21 und der Machtübernahme der Mussolini-Faschisten, an der "Gründervater" Senator Agnelli nicht ganz unbeteiligt war.

Was die Agnellis auf Biegen und Brechen bekämpfen, ist folgendes: "Daß in Italien (warum sollten wir es bestreiten) unerträglichere Arbeitsbedingungen herrschen als anderswo, das ist die Errungenschaft von mindestens einem Jahrzehnt Kampf der Arbeiterbewegung, und ich glaube nicht, daß wir darauf verzichten sollten." (Antonio Lettieri, Sekretär der FLM, Manifest, 17.9.)

Und der Sekretär der CGIL-CISL-UIl, Sergio Garavini, erklärte auf einer Kundgebung vor dem Werkstor von FIAT-Mirafiori am 19.10.: "Glaubt Ihr etwa, Agnelli geht es um die 15.000 Entlassungen? Nein, was ihm am Herzen liegt, das sind die anderen, die in der Fabrik bleiben sollen, eingeschüchtert, geschwächt, isoliert. Die Wahrheit ist: Die Unternehmer wollen die Krise bewältigen, indem sie die Menschenwürde in der Fabrik abschaffen." (L'Avanti, 20.9.)

## DER AGNELLI-PLAN

Agnelli hat in die Kontobücher geblickt und sich überzeugt, es geht ohne Rohheit nicht.

Im Juni hat sich der letzte des Familienclans, Umberto, der jüngere Bruder des Clan-Oberhauptes Gianni Agnelli, aus der direkten Leitung von FIAT zurückgezogen und seinen Posten als "amministratore delegato" (Vorstandsbevollmächtigter, entspricht unserem Generaldirektor) aufgegeben. Die Agnellis befassen sich jetzt nur mehr mit der Verwaltung ihrer - in der Schweiz "beheimateten" - Finanzholding IFI, die sich mit dem möglichst profitablen Anlegen des Agnelli-Vermögens in der ganzen Welt befaßt. Die Leitung aller Produktionsbetriebe liegt ausschließlich in der Hand angestellter Manager.

Von dieser Position aus haben sich die Agnellis wieder einmal an die Spitze der Reaktion der Monopole gestellt. Ihre Strategie war klar:

o Torpedieren der Kooperation Alfa-Nissan, um den Rivalen Alfa umzubringen und dem Konkurrenten Nissan den Zugang zum italienischen Markt weiter zu versperren. Diese Absicht ist schiefgegangen, weil PCI und PSI das Staatsmonopol IRI - die staatliche Finanzholding, die Alfa besitzt - und ihre Posten darin mit Zähnen und Klauen verteidigten und es schafften, den Arbeitern die Expansion von Nissan als ihr "nationales Interesse" anzudrehen. Die Regierung Cossiga hat kurz vor ihrem Sturz die Ehe

Fortsetzung auf S 18

INTERNATIONALES

# Sozialimperialisten in Afghanistan festgenagelt

*Mitte Oktober fanden in Moskau Verhandlungen zwischen den Sozialimperialisten und ihren afghanischen Lakaien statt. Die Bedeutung dieser Verhandlungen für die beiden Seiten geht aus der Besetzung des Schauspiels hervor. Von den Kreml-Herren waren dabei vertreten: Breschnjew, Gromyko, der damalige Stellvertreter und nunmehrige Nachfolger Kossygins, Nikolai Tichonow, der für Auslandsverbindungen zuständige ZK-Sekretär Ponomarjow, sowie der KGB-Chef Andropow (!). Das Kabuler Regime war durch seinen Häuptling Karmal, dessen Stellvertreter Kishtmand, ZK-Sekretär Ziri, Außenminister Dost und Erziehungsminister Ratebzad vertreten.*

*Die Besetzung der Verhandlungen zeigt die kritische Lage, in der sich Karmal und seine Brötchengeber befinden.*

In der von Breschnjew und Karmal unterzeichneten Erklärung heißt es, daß "Termine des Abzugs des begrenzten sowjetischen Truppenkontongents im Zusammenhang mit einer politischen Regelung und nicht eher erörtert würden, bis die Aggression gegen die DRA eingestellt wird". Bei einem Festessen nach den Verhandlungen wandte sich Breschnjew in einer Rede gegen das "Spiel bestimmter Staatsmänner der USA und ihrer Verbündeten, und sie selbst könnten dessen erste Opfer sein." "Babrak Karmal wies in seiner Rede auf die fortschreitende Normalisierung der innenpolitischen Lage sowie auf die wachsende Unterstützung (seiner) Politik durch die Volksmassen hin". Soweit einige Zitate aus der Berichterstattung von "Neues Deutschland" über den Verlauf der Verhandlungen. Somit ist in einem Verhandlungs-"Ergebnis" festgeschrieben worden, was die Herren im Kreml im wesentlichen seit Beginn ihrer Intervention zu Weihnachten 1979 immer wieder ausposaunt haben.

Doch nur wenige Tage nach dem Gelage im Kreml explodierte die Wahrheit auch auf diplomatischer Ebene Breschnjew, Karmal und Co. ins Gesicht. Während einer UNO-Konferenz in Belgrad ging der afghanische Chefdelegierte Akhtar Mohammed Paktiwal ans Rednerpult und erklärte:

"Afghanistan ist kein freies Land mehr, es wird vollständig von unseren Sowjetfreunden beherrscht - und das Land kämpft gegen diese Beherrschung." Kurz darauf flüchtete Dr. Abdul Ali, ein hoher Beamter des Ministeriums für öffentliche Arbeiten, nach Pakistan. Er tat dies aus Protest gegen die SU-Invasion Afghanistans. Außerdem bestätigte er, was die bürgerliche Presse des Westens bereits seit einiger Zeit berichtet hatte: Daß nämlich sogenannte "sowjetische Berater" nunmehr auch die gesamte zivile Verwaltung des Landes übernommen hatten.

Was für eine "Normalisierung der innenpolitischen Lage", in der sich nicht einmal mehr genügend afghanische Quislinge finden! Was für eine "westliche imperialistische Aggression und Intervention", bei der innerhalb weniger Monate die Armee des Kabuler Regimes von 100.000 Mann auf weniger als 30.000 Mann zusammenschrumpft!

Von allem Anfang an waren die sowjetischen Invasionstruppen gezwungen, fast ausschließlich diesen Unterdrückungskrieg selbst zu führen. Da halfen auch keine Zwangsrekrutierungen durch Karmal und Co.; das Kabuler Regime verfügt über keine militärischen Kräfte, die es am Leben erhalten könnten. Es ist wahr, daß Pakistan afghanischen Flüchtlingen und auch Freiheitskämpfern Asyl gewährt. Aber Pakistan ließ und läßt sich nicht in die Ambitionen des US-Imperialismus einspannen. Es wies Militärhilfe im Austausch gegen Land- und Küstenbasen zurück. Wir wissen nicht, wieviele der von den afghanischen Freiheitskämpfern benützten Waffen westlichen Ursprungs sind. Wir wissen aber, daß die modernsten von ihnen verwendeten Waffen von den sowjetischen Invasoren stammen.





Karmal in der "brüderlichen" Umklammerung seines Herrn und Brötchengebers Breschnjew

Es wird allgemein anerkannt, daß die ländlichen Gebiete Afghanistans von den Freiheitskämpfern kontrolliert werden. Die Überlandstraßen sind nur für militärisch abgesicherte Konvois relativ sicher, doch auch solche sind schon oft unter Beschuß genommen worden.

Doch auch die Städte sind für die Sowjetokkupanten und ihre afghanischen Hampelmänner unsicherer denn je: Trotz mehrmaliger Versuche konnten sie Herat im Nordwesten des Landes nicht erobern. Die Stadt Kandahar im Süden ist bereits mehr als einmal von den Freiheitskämpfern überrannt worden, und selbst in Kabul werden die unerwünschten Herren von Scharfschützen oder von Handgranatenwerfern überrascht.

Jetzt bereiten sie sich auf einen Winterkrieg vor. Barracken und Munitionsdepots aus Beton wurden und werden bereits errichtet, was überhaupt auf langfristige Okkupationspläne hinweist. Weiße Tarnuniformen für den Winter wurden ausgegeben, ebenso Schneeschuhe.

Dem afghanischen Volk steht ein schwerer Winter bevor. Es wird nicht nur Kälte und heiße Kämpfe geben, sondern auch Mangel an Nahrungsmittel und Bekleidung und Wohnung. Viele Dörfer in von den Freiheitskämpfern kontrollierten Gebieten wurden durch Raketen, abgefeuert von russischen Hubschraubern, dem Erdboden gleichgemacht.

Die Freiheitskämpfer haben sich aber von Haus aus auf einen langwierigen Volkskrieg eingestellt und mit Problemen gerechnet. Sie werden diesen und - wenn nötig - weitere Winter überstehen. Letzten Endes wird der Sozialimperialismus der Verlierer sein.

Z.O.

# Diplomatische und militärische Niederlage Vietnams

*Vietnam hat nicht mehr die Kraft, so wie zu Beginn der Invasion Kampucheas Ende 1978 oder wie in der letzten Trockenzeitoffensive (die mit einer Niederlage der Invasoren endete) vorzugehen. Vietnams Truppen haben auch in der letzten Monsunperiode schwere Verluste hinnehmen müssen, sie sind demoralisiert, Meutereien und Desertionen vietnamesischer Soldaten sind keine Seltenheit. Dazu kommt, daß es Vietnam und seinen Hintermännern auch bei der 35. Vollversammlung der UNO nicht gelang, Heng Samrin zu installieren.*

Am 13. Oktober stimmten 74 UNO-Mitglieder für und 35 gegen die Beibehaltung des UNO-Sitzes des Demokratischen Kampuchea. Das war eine neuerliche Niederlage für die vietnamesischen Aggressoren und ihre Moskauer Hintermänner, die wieder einmal versucht hatten, aufgrund ihrer "Politik der vollendeten Tatsachen" das Heng Samrin-Regime bei der UNO zu installieren. Eine ähnliche Niederlage mußten die SU und Vietnam bei der 21. Vollversammlung der UNESCO, die vom 23.9.-28.10. in Belgrad tagte, hinnehmen. Dort gelang es ihnen nicht einmal, eine Abstimmung in der Vollversammlung durchzudrücken. Dabei hatte der Tagungsort besondere Bedeutung: Belgrad gilt als der Geburtsort und strikter Verteidiger der Blockfreiheit. Ein diplomatischer Erfolg der SU und ihrer Marionetten in Belgrad hätte diesen eine neue Möglichkeit geboten, Anschläge gegen die Blockfreien-Bewegung durchzuführen.

Diese Abstimmungsniederlagen bedeuteten jedoch nicht das Ende vietnamesischer und sowjetischer Stör- und Verschleierungsmanöver bei der UNO. Eine Resolution der 5 ASEAN- und 25 anderer Länder zur Einberufung einer internationalen Konferenz für 1981, bei der der Abzug aller ausländischer Truppen aus Kampuchea beraten werden soll, erhielt 97 Ja- und 23 Nein-Stimmen; 22 Länder enthielten sich der Stimme. Dieser Resolution setzte Vietnam seinen eigenen "Vorschlag" entgegen: Die ASEAN-Länder sollen Verhandlungen mit den drei indochinesischen Ländern durchführen. Dieser plumpe Trick, der auf die Zementierung der Vorherrschaft Vietnams in Südostasien und das Hineinschmuggeln seines Phnom Penher Marionettenregimes durch die Hintertür abzielte, scheiterte kläglich.

Bei all diesen Abstimmungen zeigte sich, daß Vietnam und seine Hintermänner heute noch isolierter sind als vor einem Jahr.

DIE MILITÄRISCHE LAGE ZU BEGINN DER NEUEN TROCKENZEIT

Die oben geschilderten verzweifelten diplomatischen Manöver Vietnams und seines Oberherren SU basieren auf einer verzweifelten militärischen und politischen La- →

INTERNATIONALES

ge, in der sich die vietnamesischen Besatzer in Kampuchea befinden. Sie hatten Ende 1978 auf einen schnellen militärischen Sieg spekuliert, nach dem sie das Land auf die kalte Tour sich einverleiben könnten. Doch ist nicht nur die vietnamesische Blitzkrieg-Strategie gescheitert, sondern Vietnam hat auch die militärische Initiative verloren. Es ist eine Situation eines strategischen Gleichgewichts eingetreten, der Vietnam immer mehr Menschenopfer und die Sozialimperialisten immer mehr Geld kostet. Während der abgelaufenen Monsunperiode,lag die militärische Initiative eindeutig in der Hand der regulären Partisaneneinheiten des Demokratischen Kampuchea und der über das ganze Land verstreuten Dorfguerrillas. Außerdem wurden Erfolge im Zusammenschluß mit anderen politischen und militärischen Kräften erzielt.
Statt der vom Demokratischen Kampuchea geplanten Ausschaltung von 50 000 vietnamesischen Besatzern waren es insgesamt 68 112 Mann an Toten und Verwundeten, die Vietnam während der angelaufenen Regenzeit an Verlusten hinnehmen mußten. Dazu kommt noch eine beträchtliche Zahl von Besatzern, die an Malaria oder anderen Krankheiten zugrundegingen, und Deserteuren; deren Zahl ist heuer viel größer als im Vorjahr, und es kommt sogar zu Desertionen ganzer Einheiten. Auch die Zahl von Meutereien sowie Kämpfen unter den vietnamesischen Besatzern (wobei sich hier vor allem südvietnamesische Truppen gegen Nordvietnamesen zur Wehr setzen) ist heuer größer als im Vorjahr.
An dieser für die Vietnamesen erbärmlichen Situation können auch jene 3 Mio. Dollar nichts ändern, die die SU täglich zahlen muß, um diese Okkupation nicht sofort zusammenbrechen zu lassen.
Aus dieser Schilderung wird klar, daß eine neuerliche Trockenzeitoffensive der Vietnamesen mit einem noch größeren Debakel enden wird als die im abgelaufenen Frühjahr beendete Offensive. Daran werden auch die von Vietnam eingesetzten Napalm und Giftgase nichts ändern können.

Z.O.



Khieu Samphan-Ministerpräsident des Demokratischen Kampuchea

Der "Klassenkampf" wird sich in der nächsten Nummer mit einem "Entwurf des politischen Programms der Patriotischen Demokratischen Front" der Regierung des Demokratischen Kampuchea auseinandersetzen, in dem frühere Fehler kritisiert werden.




*SPENDEN AUF DAS POSTSCHECKKONTO 1572. 221 - KRISTIAN SCHELLANDER "Kennwort:Kampuchea-Spende"*

# Unterdrückung und Wirtschaftskrise in der SU

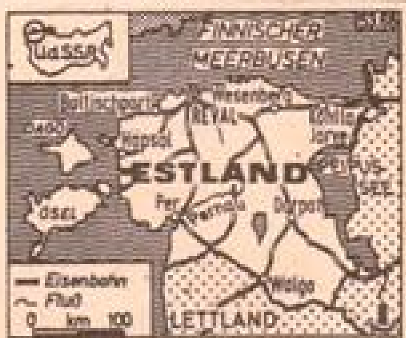
*Sie reden vom 'Proletarischen Internationalismus" und haben in Angola, Eritrea, Kampuchea und Afghanistan interveniert.*
*Diesen Kriegszügen gegen die Länder und Völker der Dritten Welt entspricht eine brutale Unterdrückung der Minderheiten durch die Sozialimperialisten im eigenen Land; indem sie immer mehr Ressourcen in diese Kriege stecken und immer mehr die Rüstungsindustrie aufblähen müssen, können die Sozialimperialisten nicht einmal die Versorgung der sowjetischen Bevölkerung garantieren.*

DEMONSTRATIONEN UND STREIKS IN ESTLAND

Ende September und Anfang Oktober demonstrierten Tausende Schüler in Tallin, der Hauptstadt der Estnischen SSR. Sie trugen die verbotene blau-weiß-schwarze estnische Nationalflagge mit sich und riefen die Losungen "Russen raus aus Estland!" und "Freiheit für Estland!". Die einschreitenden Milizeinheiten wurden als Gestapo bezeichnet. Bei den Demonstrationen Anfang Oktober wurden 150 Schüler festgenommen und zehn davon eingelocht. Daraufhin demonstrierten am 7. und 8.10. erneut Jugendliche, um die Freilassung der Inhaftierten zu erreichen. Ende Oktober befanden sich etwa 30 Jugendliche in Untersuchungshaft.
Unabhängig von diesen Schülerdemonstrationen kam es am 1. und 2. Oktober zu einem Streik in der Landmaschinenfabrik 'Tartu Katseremonditehas' in der estnischen Stadt Tartu. Bei diesem Streik forderten die Arbeiter die Rücknahme von Arbeitsnormerhöhungen sowie eine sofortige Auszahlung der Jahresprämie. Beide Forderungen mußten erfüllt werden.

ANTISOWJETISMUS ODER KAMPF GEGEN GROSSRUSSISCHEN CHAUVINISMUS ?

Es ist eine beliebte Methode der Sozialimperialisten,jegliche Äusserung von Angehörigen nationaler Minderheiten der SU gegen Russen oder die Moskauer Zentrale als 'kleinbürgerlichen Nationalismus' bzw. 'Antisowjetismus' abzukanzeln. Abgesehen davon, daß die ursprünglichen Sowjets längst in bürokratische Unterdrükkungsinstrumente einer neuen Ausbeuterklasse in der SU durch diese verwandelt wurden, zeigt sich auch am Beispiel Estlands Ausmaß und Methode der Unterdrükkung nationaler Minderheiten in der sozialimperialistischen SU.
Heute leben 1,5 Mio. Menschen in der Estnischen SSR. Davon sind 68% Esten, 28% Russen und 4% Weißrussen und Ukrainer. Vor dem 2.Weltkrieg gab es aber in Estland nur 4% Russen, und diese lebten in einem Landesteil, der heute direkt zur RSFSR gehört (das ist die größte der 15 Sowjetrepubliken). Dazu kommen noch an die 100 000 Russen in den Armee- und Flottenstützpunkten. Die Esten selbst versehen ihren Militärdienst im Landesinneren der SU. Hand in Hand mit dieser modernen Kolonisationspolitik Moskaus geht die Russifizierung im Bildungswesen: Unterdrückung und Ausplünderung unter den alten Zaren darf nicht behandelt werden, dafür wird Peter der Große als der Befreier Estlands von westlichen Mächten gefeiert.In einem Schulbuch steht: "Die Sowjetvölker bauen den Kommunismus, und ihre gemeinsame Sprache ist Russisch... Die sowjetische Wissenschaft, die sich auf die Elemente der russischen stützt, hat eine führende Rolle in der ganzen Welt errungen. Wie kann man die Gipfel dieser Wissenschaft erreichen, ohne die russische Sprache zu beherrschen? Deshalb soll die russische Sprache gründlich erlernt werden." Wahrlich, diese Sprache ist eine deutliche Sprache. Trotz all dieser Machenschaften hat sich das Gefühl der nationalen Identität bei den Esten erhalten und entwickelt sich im Kampf gegen nationale Unterdrückung. Quasi als Protest gegen die Russifizierung gaben bei der Volkszählung 1979 weniger Bewohner Estlands Russischkenntnisse an als bei der Volkszählung 1970. 1979 forderten 45 Personen in einer Botschaft an die UNO das Selbstbestimmungsrecht für die drei baltischen Republiken. Mit welchen Strafen Kämpfer gegen die nationale Unterdrückung zu rechnen haben, zeigt das Beispiel des Lehrers Mart Niklus, der schon 8 Jahre in Lagern verbrachte, weil er Dokumente über die estnische Dissidentenbewegung dem Westen zugänglich gemacht hatte. Ihm droht ein neuer Prozeß - natürlich wegen "antisowjetischer Aktivitäten"; das könnte ihn 15 Jahre Haft kosten.




Estland, die nördlichste der drei tischen Republiken, Finnland gegenüberliegend, wurde 1941 durch Parlamentsbeschluß, aber ohne Volksabstimmung eine Teilrepublik der Sowjetunion. Es ist heute der industrialisierteste und entwickeltste Teil der UdSSR; aber es ist wie Lettland direkt in seiner nationalen Identität durch die Politik der Russifizierung bedroht

GETREIDE- UND FLEISCHMANGEL STEHEN AUF DER TAGESORDNUNG

Der Streik von Tartu ist nicht einfach Ausdruck der Ausplünderung von Arbeitern einer nationalen Minderheit, auch wenn die nationalen Minderheiten am stärksten ausgeplündert sind. Der Unmut der Werktätigen über die weltweiten militärischen Abenteuer der Kreml-Herren ist weitverbreitet. Diese Abenteuer sind verbunden mit einer immer fieberhafteren Rüstung, der die Produktion von Konsumgütern aber auch von Güterwaggons zum Transport landwirtschaftlicher Produkte zum Opfer fällt.Dadurch verfaulen und verderben alljährlich viele Millionen Tonnen Getreide, Obst und Gemüse, bevor sie die Städte erreichen können.
Am 8.Mai prahlte noch die TASS, daß "trotz schlechter Witterungsbedingungen die Planziele für Getreide 1980 völlig erreicht werden werden."
Anfang Oktober sprachen offizielle Quellen der SU von 190 Mio. Tonnen, doch gegen Ende Oktober mußte Nikolai Baibakow, Chef der staatlichen Planungskommission, eingestehen, daß die Getreideernte statt der geplanten 235 Mio. Tonnen nur 180,5 Mio. Tonnen beträgt. Somit wurden 1979 und 1980 zusammen um mehr als 100 Mio. Tonnen Getreide weniger produziert als geplant. In der Industrie sieht die Lage ähnlich aus: Statt um 4,5% stieg die Industrieproduktion 1980 nur um 3,9%. Die Arbeitsproduktivität stieg um 2,9%; geplant waren 3,8%. Offenkundig ist die Versorgung der SU-Bevölkerung so kritisch geworden, daß Breschnjew am 21.10. in einer Rede vor dem ZK der KPdSU diese Frage in den Mittelpunkt rückte und von "Schwierigkeiten in der Nahrungsmittelversorgung" sprach. Dazu bemerkte "Le Monde" am 23.10.: "Der Ton dieser Rede klingt wie ein Echo auf die Forderungen der polnischen Arbeiter."
Doch schon am 7.11. waren vom Kriegsminister Ustinow anläßlich der Revolutionsfeiern andere Töne zu hören. Er sprach von der "Notwendigkeit der Verstärkung des Verteidigungspotentials." Derartiges kann aber nichts anderes bedeuten als eine weitere Verschlechterung der Lebensbedingungen der sowjetischen Werktätigen.

Z.O.

INTERNATIONALES

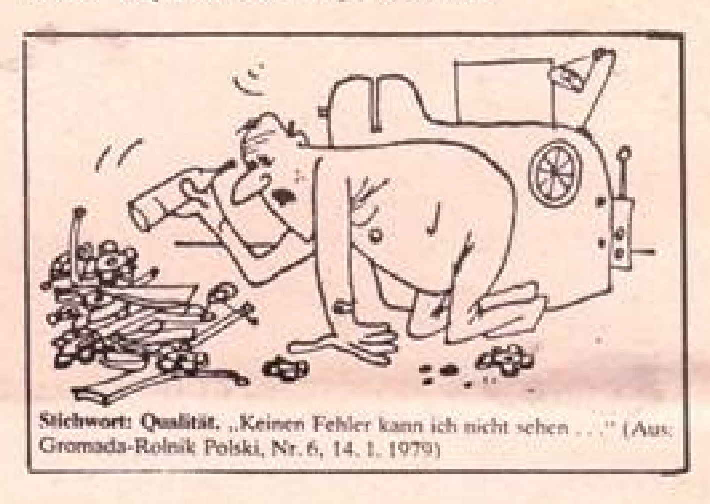
# POLEN: Erfahrungen mit der "führenden

*Am Montag, dem 10. November, hat der Oberste Gerichtshof Polens das Statut der Gewerkschaft "Solidarnosč" in seiner ursprünglichen Fassung bestätigt. Der einseitig vom Warschauer Bezirksgericht in das Statut eingefügte Passus, mit dem die führende Rolle der PVAP (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei) festgelegt war, wurde vom Obersten Gerichtshof aufgehoben. Die Gewerkschaftsführung stimmte daraufhin einem Kompromiß zu, wonach die Danziger Vereinbarung über die Zulassung der unabhängigen Gewerkschaften dem Statut als Anhang beigefügt wird. Die umstrittene Formulierung über die Führungsrolle der PVAP ist darin auch enthalten: "Sie (die neuen Gewerkschaften, Anm.d.Verf.) anerkennen, daß die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei die führende Kraft in Polen ist und stellen das bestehende internationale Bündnissystem nicht in Frage." Die bis zur Gerichtsentscheidung äußerst angespannte Lage hat sich danach merklich beruhigt. Die von der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung angekündigten Massenstreiks wurden ausgesetzt. Die Mutmaßungen über einen unmittelbar bevorstehenden Truppeneinmarsch der Sowjetunion sind wieder verstummt.*




Die Unfähigkeit der Betriebsdirektoren ist ein beliebtes Thema der Satire in Polen

Stichwort: Der führende Kopf. "Es geht uns-wie Sie wissen-darum, daß jede Tätigkeit immer und überall Hand und Fuß hat.." (Aus: Szpilki, Nr.11, 18.3.1979)



Stichwort: Qualität. „Keinen Fehler kann ich nicht sehen . . ." (Aus: Gromada-Rolnik Polski, Nr. 6, 14. 1. 1979)

Deutlich war Lech Walesa, der Führer der unabhängigen Gewerkschaften, in den letzten Wochen den Interventionsdrohungen der Sowjetunion entgegengetreten. Auf einer Kundgebung in Kattowitz sagte er: "Oft haben sie uns in der Vergangenheit mit Raketen und Panzern gedroht. Wir werden uns nicht ins Gesicht schlagen lassen."
Die polnische Regierung ist offenbar angesichts der Standfestigkeit der Arbeiterbewegung zu Zugeständnissen bereit, um das Aufkommen neuer Streiks zu verhindern. An einem militärischen Eingreifen der Sowjetunion kann ihr wenig gelegen sein, zumal dann erfahrungsgemäß auch in der Führungsgarnitur etliche Köpfe rollen würden. Parteichef Kania und Ministerpräsident Pinkowski fuhren Ende Oktober nach Moskau, um die Anweisungen der Sozialimperialisten zur Niederschlagung der Arbeiterbewegung entgegenzunehmen. Unmittelbar vor der Abreise der polnischen Regierungsdelegation nach Moskau hat das Politbüro der PVAP in einem Brief an alle Parteigliederungen erklärt, der Prozeß der Veränderungen sei unwiderruflich. Die Parteiführung stehe zu dem Abkommen vom August und erwarte dasselbe von allen Parteieinheiten. Diese sollten Kontakt mit den unabhängigen Gewerkschaften aufnehmen, um eine Atmosphäre der Normalisierung zu erreichen.
Die Erklärung beinhaltet mit einiger Deutlichkeit eine Absage an die Sowjetunion, den Kurs zur Niederschlagung der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung zu diktieren. Gleichzeitig ist die Erklärung aber auch Ausdruck der Taktik der PVAP, die Gewerkschaft "Solidarnosč" durch Unterwanderung an die Partei zu binden und damit den selbständigen politischen Charakter der unabhängigen Gewerkschaften abzustumpfen. Die polnische Arbeiterbewegung hat ausgiebige Erfahrungen darüber, wie Organe der Arbeiterdemokratie, die in zähen Kämpfen gegen den revisionistisch entarteten Partei- und Staatsapparat durchgesetzt wurden, durch die organisatorische Verkettung mit Parteiorganen zur Wirkungslosigkeit verdammt wurden. Ein solches Beispiel, aus dem die polnische Arbeiterbewegung ihre Lehren gezogen hat, sind die Arbeiterräte in den Betrieben.

Der Ursprung der Arbeiterräte in Polen reicht in die Zeit des Wiederaufbaus nach dem 2.Weltkrieg zurück. Aus eigener Initiative hatten die Arbeiter in den vom Faschismus befreiten Gebieten kollektive Organe zum Schutz der Betriebe und zur Aufnahme der Produktion errichtet. Durch solche "Fabrikskomitees", "Arbeiterdirektionen" und ähnliche Organe wurde die Frage der Enteignung des Industriekapitals ebenso spontan und praktisch entschieden wie die Frage der Leitungsmethoden bei der Organisierung der Produktion. Nachdem die staatliche Verwaltung der provisorischen Regierung ihre Tätigkeit aufgenommen hatte, wurden die Arbeiterräte durch staatliche Leitungsorgane ersetzt. Die Arbeiterräte wurden per Dekret vom Februar 1945 in "Betriebsräte" umgewandelt, deren Aufgabe die Überwachung der technischen Anlagen sowie die Zusammenarbeit mit den Staatsorganen "bei der Ausübung der gesellschaftlichen Kontrolle über die wirtschaftliche Tätigkeit der Unternehmen" war. Die Betriebsleitung war dazu verpflichtet, dem Betriebsrat vierteljährlich einen Bericht von ihrer Tätigkeit vorzulegen und einmal im Monat eine gemeinsame Beratung abzuhalten, um die wichtigsten sozialen, technischen und ökonomischen Probleme zu besprechen. Von 1949 an wurde der Wirkungsbereich der Arbeiterorgane weiter eingeschränkt. Das auf dem II.Kongreß der Gewerkschaften angenommene Statut schränkte ihre Tätigkeit auf betriebliche soziale Fragen (Arbeitssicherheit, Lohn- und Arbeitsnormüberwachung, Kontrolle der Versicherungsfonds, etc.) ein.

Aus spontanen Kämpfen in den Jahren 1955 und insbesondere 1956 wurden zahlreiche Arbeiterräte neu gegründet und im Oktoberaufstand 1956 deren Anerkennung als betriebliche Leitungsorgane gefordert. Danach sollten die Betriebe allein durch die Arbeiterräte verwaltet und geleitet werden, wobei der Direktor lediglich ausführendes Organ des Arbeiterrats sein sollte. Nachdem der vorher inhaftierte Gomulka durch die Volksbewegung im Oktober 1956 wieder an die Macht gekommen war, wurde am 19.11.1956 das Rahmengesetz über die Arbeiterräte beschlossen. Es bestimmt in seinem grundlegenden Artikel 2, Punkt 1, daß "der Arbeiterrat im Namen der Belegschaft die im Volksbesitz befindliche Unternehmung leite". Die Arbeiterräte sollten Mitentscheidungs- und vor allem Überwachungsrechte in allen wichtigen Fragen des Betriebs, der Produktion und des Absatzes wie auch bei der Berufung des Direktors und seines Stellvertreters ausüben, jedoch keine allgemeine Entscheidungsgewalt haben. Die Bildung von Arbeiterräten war nach diesem Gesetz in staatlichen Industrie- und Bauunternehmen sowie in landwirtschaftlichen Staatsgütern vorgesehen, wenn sich die Belegschaft in geheimer Wahl mit einfacher Stimmenmehrheit dafür ausspricht. Mit ergänzenden Verordnungen wurde die Bildung von Arbeiterräten in anderen Zweigen der Volkswirtschaft geregelt.
In der einschlägigen bürgerlichen Literatur wird Klage darüber geführt, daß die Arbeiterräte die erkämpften Rechte auch praktisch zu nutzen wußten: "Es kam oftmals zu eigenmächtigen Kündigungen der Direktoren und zur Ausschreibung von freien Direktorenstellen durch die Arbeiterräte!" (Osteuropa-Handbuch Polen, S.516)
Mit der Begründung, daß "das bestehende Modell der Arbeiterselbstverwaltung die Wahrnehmung der führenden Rolle des Parteikomitees im Unternehmen wesentlich erschwere und zu Konflikten zwischen den Arbeiterräten und den Betriebsräten (das sind die Organe der Gewerkschaften im Betrieb, Anm.d.Verf.) führe", wurde das Gesetz über die Arbeiterräte im November 1958 mit wesentlichen Änderungen neu formuliert.
Als oberstes Organ der Mitbestimmung im Betrieb wurde die "Konferenz der Arbeiterselbstverwaltung" eingerichtet, in der neben den Vertretern des Arbeiterrats auch die nicht von der Belegschaft gewählten Vertreter der Betriebsparteiorganisation der PVAP, des Betriebsrats (Gewerkschaft), der Jugendorganisationen und der wissenschaftlich-technischen Verbände vertreten waren. Den Vorsitz in dieser Konferenz führte in der Regel der Erste Sekretär der Betriebsorganisation der PVAP. Bei dieser Zusammensetzung ist es möglich, daß die von der Belegschaft gewählten Vertreter des Arbeiterrats bei Abstimmungen gegenüber den Vertretern von Partei, Gewerkschaft etc. in der Minderheit bleiben.
Die eigentlichen Arbeiterräte werden von der Belegschaft in Betriebsversammlungen in geheimer Abstimmung für die Dauer von drei Jahren gewählt. Die Kandidaten werden jedoch von der Wahlkommission, in der die partei- und staatstreue Gewerkschaft das Sagen hat, aufgestellt. Nur 25% der Kandidaten können von der Belegschaftsversammlung direkt vorgeschlagen werden.
Die Gewerkschaft hat als übergeordnetes Organ auch das Recht, allgemeine Richtlinien für die Tätigkeit der Organe der Arbeiterselbstverwaltung zu erlassen, die für diese Organe verbindlich sind. Sie kann auch im Rahmen der gesetzlich festgelegten Aufsichtsfunktion Arbeiterräte abberufen und Arbeiterräte, deren Tätigkeit "deutlich gegen das Interesse des Unternehmens oder der Volkswirtschaft verstößt", abberufen. Demgegenüber kann die Belegschaft den Arbeiterräten keine Richtlinien zur Erledigung konkreter Angelegenheiten erteilen. Die Belegschaft kann die Auflösung des Arbeiterrats beantragen. Die Entscheidung darüber liegt bei den Gewerkschaftsinstanzen. Die Rechenschaftslegung des Arbeiterrats erfolgt laut Gesetz halbjährlich auf einer Betriebsversammlung. Es gibt in den Arbeiterräten, im Gegensatz zu Partei und Betriebsrat, keine hauptamtlichen Funktionäre.
Die übergeordneten staatlichen Planungsinstanzen haben per Gesetz die Verpflichtung, die Jahrespläne des Unternehmens





# Rolle" der Partei waren nicht immer gut

der Konferenz der Arbeiterselbstverwaltung zur Begutachtung vorzulegen, bevor diese als verbindliche Plandirektiven festgelegt werden. Die Stellungnahme der Konferenz der Arbeiterselbstverwaltung ist für die übergeordneten Instanzen jedoch in keiner Weise verbindlich. Auch gibt es die Praxis der übergeordneten Planungsinstanzen, für die Begutachtung von Planentwürfen nur wenige Tage Zeit zur Verfügung zu stellen, wodurch eine gründliche Auseinandersetzung um die Entwürfe unmöglich gemacht wird.
Zu den gesetzlich abgesicherten Mitbestimmungsrechten der Organe der Arbeiterselbstverwaltung gehören die Entscheidung über größere Investitionen, Richtlinien für die Verbesserung der Technologie und der Organisation, Richtlinien für die Anwendung von Tarifverträgen, Lohn- und Gehaltsgruppen, sowie Entscheidungen über den Betriebswohnungsbau. Der Entscheidungsspielraum ist dabei jedoch häufig durch gesetzliche, kollektivvertragliche oder übergeordnete Planungsfestlegungen weitgehend eingeschränkt. Das Recht, über die Berufung oder Abberufung des Direktors zu entscheiden, wurde beseitigt und durch ein unverbindliches Mitbestimmungsrecht ersetzt; und selbst dieses wird in der Praxis weitgehend ignoriert. Die Organe der Arbeiterselbstverwaltung haben keine rechtlich gesicherte Befugnis, in Unterlagen des Unternehmens Einsicht zu nehmen, ausgenommen die Jahresbilanzen und die

Zahl der Arbeiterräte am 1.9.1957

| | Betriebe | Betriebe mit A.R. | %-Anteil der Betriebe mit A.R. | Gesamtzahl der Mitglieder der A.R. |
|---|---|---|---|---|
| Industrie und Gewerbe | 4 390 | 2 523 | 57,3 | 56 527 |
| Landwirtschaft | 6 055 | 1 796 | 29,7 | 18 056 |
| Gesamt | 10 445 | 4 319 | 41,1 | 74 583 |

Quelle: "Osteuropa-Handbuch Polen"

Tätigkeitsberichte. Die Entscheidung, in welche Unterlagen Einsicht genommen werden kann, hängt grundsätzlich von der Unternehmensleitung ab. Direkte Leitungsfunktionen, wie z.B. dienstliche Anweisungen im Betrieb, werden ausschließlich vom Direktor ausgeübt.
Unter den beschriebenen Bedingungen ist es verständlich, daß die Arbeiterräte den Zweck, zu dem sie von der polnischen Arbeiterklasse ursprünglich geschaffen und erkämpft wurden, nicht erfüllen konnten. Insbesondere durch die Fesselung der Arbeiterräte an die Parteiorgane und die Organe der parteiabhängigen Gewerkschaft wurden die Arbeiterräte weitgehend zur Wirkungslosigkeit verdammt. Die nachträgliche gesetzliche Einschränkung ihrer Befugnisse hat die Arbeiterräte weiter geschwächt.
Die abnehmende politische Bedeutung der Arbeiterräte kommt in ihrer zahlenmäßigen Entwicklung zum Ausdruck:

| | | |
|---|---|---|
| 1957: | 10 445 | Arbeiterräte |
| 1960: | 11 227 | --"-- |
| 1965: | 9 128 | --"-- |
| 1970: | 8 275 | --"-- |
| 1971: | 7 992 | --"-- |
| 1972: | 6 968 | --"-- |

Nur zum Teil kann dieser Schwund das Ergebnis der Konzentration der Industriebetriebe und der damit verbundenen zahlenmäßigen Verringerung sein, im wesentlichen muß sich darin die Bilanz der revisionistischen Unterwanderung der Arbeiterräte ausdrücken. Wie man an der Auseinandersetzung um das Statut der neuen unabhängigen Gewerkschaften sehen kann, hat die polnische Arbeiterklasse aus den Erfahrungen mit den Arbeiterräten ihre Lehren gezogen und besteht beharrlich und konsequent darauf, in ihren elementaren Vertretungsorganen die Vorherrschaft der PVAP und der Staatsorgane nicht zuzulassen. pkl.

# US-Wahlen:

## Der Sieger ist stockreaktionär

Mit Ronald Reagan zieht ein stockreaktionärer Mann als 40.Präsident ins Weiße Haus ein. Sein - nach der Anzahl der gewonnenen Wahlmänner - überwältigender Sieg steht allerdings auf wackligen Füssen, was das Vertrauen des amerikanischen Volkes in diesen Präsidenten anbelangt. Mit 52,9% war die Wahlbeteiligung die niedrigste seit 1948. Von diesen 52,9% gingen 51% an Reagan, 41% an Carter und der Rest an Anderson. Eine Umfrage in 10 Bundesstaaten ergab, daß dort zwei Drittel der Reagan-Wähler "Ronny" ihre Stimme nur deshalb gaben, weil sie von Carter nichts mehr wissen wollten, während die Hälfte der Carter-Wähler "Jimmy" nur aus Abneigung gegen Reagan wählten. Somit wurde Reagan von nicht ganz 27% der Wahlberechtigten gewählt, und nicht einmal 10% der Wahlberechtigten hatten eine positive Vorstellung davon, warum sie Reagan wählten. Wie sich nach den Wahlen herausstellte, beteiligten sich die 18-24 Jährigen fast überhaupt nicht an diesen Wahlen; Ähnliches dürfte für die Minderheiten gelten.

Bei den gleichzeitig stattgefundenen Teilwahlen zum Kongreß gewannen die Republikaner 12 Senatssitze und somit wieder die Mehrheit im Senat, während die Demokraten in Repräsentantenhaus weiterhin die Mehrheit haben.
Als seine Hauptaufgabe der Wirtschaftspolitik sieht Reagan die Bekämpfung der Inflation. Das hatte aber schon Carter gesagt und die zweistellige Inflationsrate "als Staatsfeind No.1" bezeichnet. Trotzdem blieb sie zweistellig und kann durch keine noch so ausgeklügelte Formel gesteuert werden, weil sie einfach die logische Konsequenz kapitalistischer Produktionsverhältnisse ist. Außerdem befürchten Wirtschaftsexperten, daß Reagans Steuersenkungsprogramm, falls es tatsächlich durchgeführt wird, die Inflation anheizen wird. Sicher aber wird es Steuerbegünstigungen in der Form verkürzter Abschreibungszeiten für investiertes Kapital geben. Und auch der "freien Konkurrenz" will Reagan die Zügel schießen lassen, um Kapitalzentralisation und Investitionen zu beschleunigen und so "Amerika wieder arbeiten zu lassen". Dazu bedarf es aber Bedingungen, die amerikanisches Kapital innerhalb der USA profitabler verwerten lassen als außerhalb. Bis dahin ist es zwar ein weiter Weg, doch zeigt die Absicht, Arbeiterschutzgesetze zu lockern oder die Festlegung von Mindestlöhnen für Jugendliche unter den üblichen Mindestlöhnen durchzusetzen, die Marschrichtung an. "Wir sind auf dem Weg in die Defensive, in der wir gezwungen sein werden, alles, was wir haben, zu verteidigen", sagte ein Gewerkschaftsfunktionär.
Was unter Carter bereits begann - Verschlechterung der Sozialleistungen, Lohndruck u.s.w. - , das will das amerikanische Kapital jetzt verschärft fortsetzen.

Außenpolitisch kündigte Reagan die Nichtratifizierung von SALT II an. Stattdessen will er die Aufrüstung beschleunigen und gleichzeitig in Verhandlungen mit der SU über SALT III treten. Ob dies auch die Absicht des US-Finanzkapitals oder nur Wahlrhetorik ist, witd sich bald zeigen. Gegenüber der Dritten Welt soll eine härtere Gangart eingeschlagen werden, indem dem US-Imperialismus hörige Regimes um jeden Preis aufrechterhalten werden sollen.Auch die NATO-Verbündeten sollen enger an die Leine genommen werden. Das alles gehört zur erklärten Absicht, die USA wieder zur "No.1" zu machen. Eine solche Politik, soweit sie überhaupt durchführbar ist, verringert aber eher die Möglichkeiten, im Kampf gegen den Hauptkriegstreiber No.1, die SU, in dieser oder jener Frage die USA taktisch einzubeziehen.

Z.O.

### EINE SELBSTKRITIK

In der vorigen Nummer des "Klassenkampf" sind dem Autor des Artikels über den US-Präsidentschaftswahlkampf einige Fehler unterlaufen, für die er die alleinige Verantwortung trägt. So wurde dort behauptet, Reagan sei "nicht so sehr der Mann der Wall Street, sondern Aushängeschild "jüngerer" Kapitalgruppen des Südwestens und der Westküste der USA". Dadurch wurde praktisch behauptet, daß mit Reagan und Carter Vertreter von miteinander rivalisierenden Finanzkapital-Gruppen ins Rennen gingen. Tatsächlich handelt es sich aber bei Reagan und Carter um Repräsentanten ein- und desselben Finanzkapitals, innerhalb dessen es allerdings tatsächlich Meinungsverschiedenheiten über die Methode gibt, wie der US-Imperialismus am besten aus seiner inneren und äußeren Krise herauskommen kann. Aus diesem theoretischen Fehler folgte eine subjektivistische Einschätzung der Chancen Carters für die Wiederwahl: Es wurde nicht erkannt, daß Andersons Kandidatur praktisch dazu diente, um Carter abzuservieren, sondern implizit behauptet, daß Andersons Kandidatur Carters Wahlsieg absichern soll, obwohl im Artikel gesagt wird, daß Anderson vor allem Carter Stimmen wegnehmen könnte. Ein weiterer Fehler bestand auch darin zu schreiben "Auch wenn Reagan keine für das amerikanische Finanzkapital gangbare Wege vorschlägt, so widerspiegelt seine Haltung doch die Gefühle grosser Teile der Mittelschichten und gewisser Teile der Arbeiterklasse...". Denn dadurch konnte der (unbeabsichtigte) Eindruck entstehen, Reagan sei der Kandidat von Teilen der Mittelschichten und Arbeiterklasse. Tatsächlich ist es jedoch so, daß Reagan als Kandidat für das Finanzkapital nur deshalb in Frage kam, weil er die Gefühle oben genannter Schichten ansprach. Welche seiner Wahlversprechen und Vorstellungen für das Finanzkapital realisierbar sind, ist zunächst unerheblich, weil ihm dieses ohnehin nach dem Wahlsieg jene Politiker in die Regierung schickt, die es für seine Zwecke braucht.

Z.O.

# Auch in Eritrea geht die Kreml-Rechnung nicht auf

*Auf die 5 "Vernichtungsoffensiven" von 1978 und 1979 hat die EPLF mit dem "strategischen Rückzug" geantwortet. Die 1977 befreiten Städte und einige andere Gebiete sind geräumt worden. Die Front bei Asmara ist um 25 km zurückgenommen worden. Die militärischen Hauptkräfte werden auf die Sahel-Front konzentriert. Es wäre unmöglich gewesen, der sowjetisch-äthiopischen Offensive auf der ganzen Linie in einem Stellungskrieg Widerstand zu leisten. Aber das befreite Gebiet in der Sahel-Provinz, das Rückgrat des Unabhängigkeitskampfes und der Revolution, wurde verteidigt. Anfang 1980 unternahm die EPLF eine Gegenoffensive. - In Wirklichkeit hat das Dergue-Regime in Eritrea nur wenig in der Hand. Mengistu kann gerade noch den Hafen von Assab im äußersten Süden an seine sowjetischen Beschützer als Marinebasis verschachern; der wichtigste Hafen, Massawa, ist dafür schon zu "unsicher".*

DIE HALBBEFREITEN GEBIETE

In diesen jetzt angeblich von der äthiopischen Armee kontrollierten Zonen führt die EPLF den Bewegungskrieg weiter. Es werden Garnisonen der Besatzer angegriffen, der Nachschub unterbrochen, Landminen gelegt. Hinter den feindlichen Linien arbeiten die landwirtschaftlichen Berater und Barfußärzte der EPLF, operieren "bewaffnete Propagandatrupps". In diesen halbbefreiten Gebieten auf dem Land gibt es eigentlich kaum Unterschiede zu 1977. Die sozialen Errungenschaften der Befreiung (Enteignung der Großgrundbesitzer, Bildung von Bauerngenossenschaften u.ä.) sind nicht rückgängig zu machen. Die Revolution geht hinter den feindlichen Linien weiter.



Ausbildung von Kämpferinnen der EPLF

Kostenlose medizinische Versorgung in einem mobilen Spital der EPLF. Derzeit gibt es in den befreiten und halbbefreiten Gebieten 5 Spitäler, 34 mobile Sanitätsstationen, 5 Notoperationsstationen und 13 Kliniken.

IN DEN BESETZTEN STÄDTEN: KOLLABORATION IST LEBENSGEFÄHRLICH !

Trotz Massenverhaftungen und Massenhinrichtungen von EPLF-Kadern ist es dem Dergue nicht gelungen, in besetzten Städten wie Asmara die Massen auf seine Seite zu ziehen. Heute setzen die äthiopischen Machthaber daher auf die "Opfer" der Politik der EPLF: auf die enteigneten Großgrundbesitzer und städtischen Kapitalisten. Sie werden als Vorsitzende der "Massenorganisationen" eingesetzt und sollen die Unterwerfung ihrer Landsleute organisieren. In Wirklichkeit gibt es aber noch immer die Organisationen der EPLF (Gewerkschaften, Frauenorganisationen) im Untergrund - außerdem noch städtische Guerrillaeinheiten. Bei Angriffen auf Militärgarnisonen wurden einige Kollaborateure der Besatzungstruppen hingerichtet. Der Dergue kann seine eigenen Spitzel und Büttel nicht schützen: das ist die Botschaft, die von dem Sender der EPLF verbreitet wird. Verbrecher gegen das Volk werden bestraft, Kollaboration ist lebensgefährlich.

DIE SCHÄDLICHE POLITIK DER ELF

Das größte Problem für die Entwicklung der Revolution hinter den feindlichen Linien ist die Führung der ELF. Sie hat verschiedentlich versucht, die Kader der EPLF in den halbbefreiten Gebieten anzugreifen, die sozialen Reformen rückgängig zu machen. Das Abkommen von 1977 über die Zusammenarbeit von EPLF und ELF gegen die äthiopischen Besatzer wird von der ELF trotz aller Bemühungen der EPLF nicht eingehalten. Die eigentliche Ursache dafür ist, daß die ELF gegen die Verbindung von Unabhängigkeitskampf und Revolution ist, in Wirklichkeit die alten feudalen Strukturen aufrechterhalten will.

Seit Juli hat die ELF keinen einzigen Schuß gegen die Besatzer abgefeuert. Dafür führt sie in der Sowjetunion Geheimverhandlungen über "regionale Autonomie" im Austausch für "Zusammenarbeit mit dem Dergue gegen imperialistische Komplotte". In derselben Zeit sind allerdings 1200 Kämpfer aus der ELF ausgetreten, 600 haben sich der EPLF angeschlossen. Nach Meinung der EPLF ist eine Spaltung der ELF unvermeidlich, wenn die reaktionäre Führung diesen Weg weitergeht. "Niemals wird sich unser Volk mit der regionalen Autonomie abfinden." Denn jedes Dorf, jede Familie hat Opfer gebracht im Kampf für die Unabhängigkeit. Das Volk hat 1977 gesehen, "wie die Luft der Freiheit schmeckt", hat gelernt, daß Unabhängigkeit und Revolution untrennbar verbunden sind.

DER DERGUE IST IN DER KLEMME

Die Wirtschaftslage Äthiopiens ist katastrophal. Gegen die politische und nationale Unterdrückung erheben sich alle Na-



"Wir brauchen das Land, nicht das Volk" - das Motto der äthiopisch-sowjetischen Ausrottungsstrategie



Wegen russischer Luftangriffe ist der Akkerbau nur sehr schwer aufrechtzuerhalten

# INTERNATIONALES

tionalitäten. Im Sommer z.B. haben sich 9 000 Rekruten nach ihrer Ausbildung samt Waffen und Ausrüstung zur TPLF (Tigray People's Liberation Front) abgesetzt. Im Süden des Landes kämpfen die Ogaden- und Oromo-Befreiungsfronten (die Oromo sind die größte Nationalität Äthiopiens). Dem Regime mangelt es an Soldaten. Der chauvinistische Traum von Groß-Äthiopien hat es an die Kette Moskaus gelegt. Ohne die wirtschaftliche und militärische Hilfe der Sowjetunion wäre der Dergue schon gestürzt.

CHEMISCHER AUSROTTUNGSFELDZUG ?

Im Sommer wurden große Mengen sowjetisches Giftgas (Tabun und Nervengas auf Phosphorbasis) in Asmara gelagert; 200 sowjetische Spezialisten stehen für ihren Einsatz bereit. Der US-Geheimdienst wußte davon, wollte die Sache aber geheimhalten. Die EPLF hat das geplante Verbrechen aufgedeckt und eine internationale Kampagne begonnen. Bisher ist es gelungen, durch Proteste verschiedener Staaten und internationaler Organisationen den chemischen Vernichtungsfeldzug zu verhindern. Das Ziel der Unterwerfung Eritreas aber haben die sowjetischen Machthaber nicht aufgegeben. Die EPLF rechnet daher damit, daß die aus der UdSSR eingeflogenen chemischen Waffen auch eingesetzt werden, und trifft die nötigen politischen und militärischen Vorbereitungen (wie z.B. Produktion von behelfsmäßigen Gasmasken in den Fabriken im befreiten Gebiet, entsprechende Ausbildung der Ärzte und Krankenpfleger...).Derzeit gibt es nach Auskunft der EPLF keine Anzeichen für eine unmittelbar bevorstehende neue äthiopisch-sowjetische Offensive, in einigen Monaten aber könnte diese Offensive kommen.

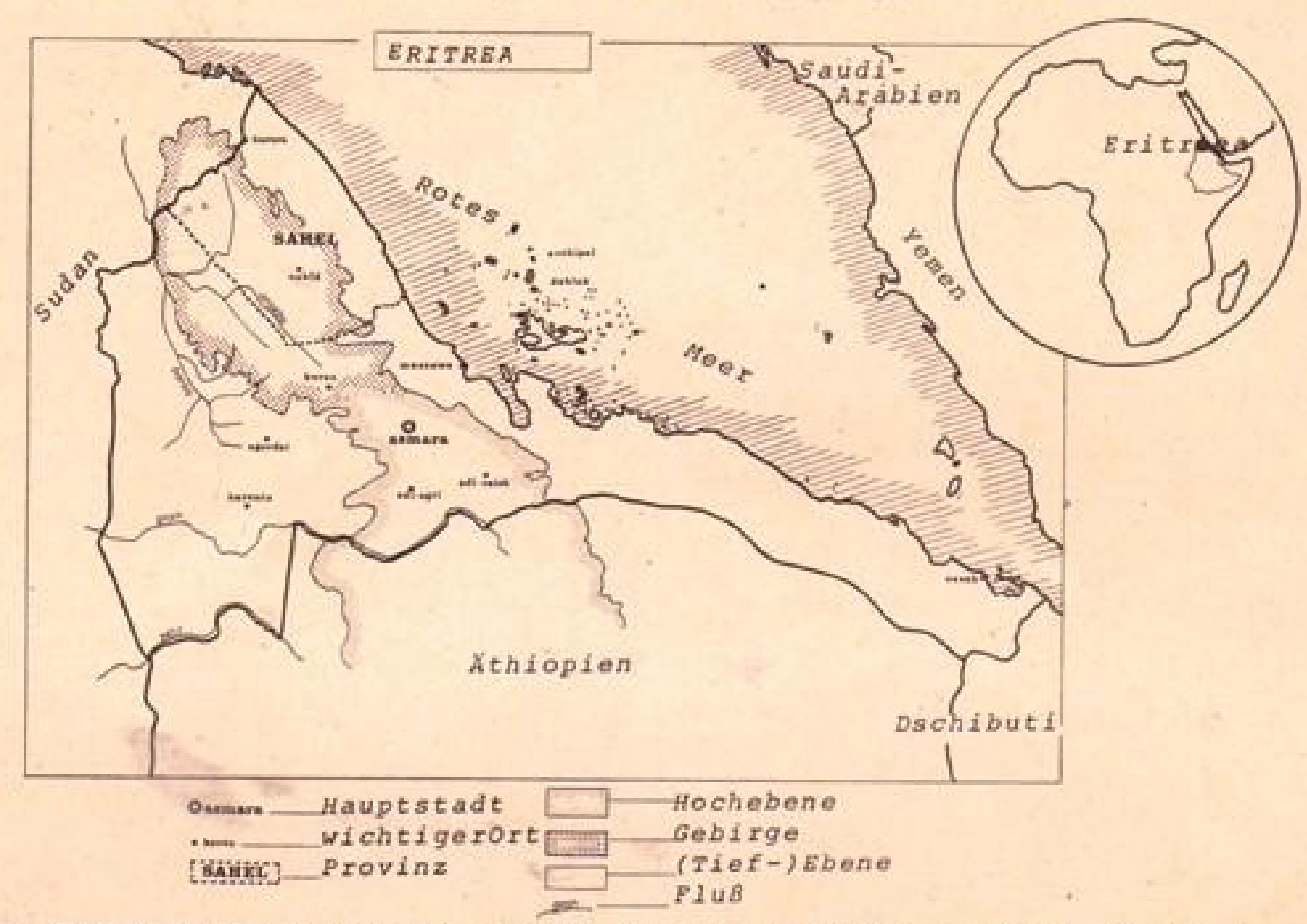
BREITE INTERNATIONALE UNTERSTÜTZUNG

Der Sudan unterstützt auch nach der Verbesserung seiner diplomatischen Beziehungen zu Äthiopien (im Gefolge von Vermittlungen der Organisation für Afrikanische Einheit OAU) weiterhin die EPLF - ganz im Gegensatz zu den vom Dergue ausgestreuten Meldungen. Die Flüchtlingslager und Versorgungseinrichtungen der EPLF im Sudan bestehen weiter. In Port Sudan entsteht gerade - mit Hilfe Schweizer, belgischer und italienischer Ärzte - eine chirurgische Klinik der EPLF, an der auch medizinisches Personal ausgebildet werden wird. Während der letzten OAU-Konferenz ist eine Delegation der EPLF mit Vertretern vieler afrikanischer Staaten zusammengetroffen. Die Mehrheit der afrikanischen Länder ist heute der Meinung, daß Eritrea ein Problem der "Entkolonialisierung" ist, also ein vom Kolonialismus hinterlassenes Problem, das auf der Basis des Selbstbestimmungsrechtes der Völker gelöst werden muß. Die Versuche der Sowjetunion, das kämpfende Volk Eritreas international zu isolieren, sind ebenso gescheitert wie bisher die Versuche, es militärisch in die Knie zu zwingen. gf/ibk.




ERITREA

Fläche: 120 000 km$^2$ , Bevölkerung: 3,5 Mio.(80% Bauern, davon 30% Nomaden
Neun Nationalitäten: Tigrinya,Tigrè,Saho,Danakil,Beja,Barya,Bilen,Rashaida,Baza.




ZUR GESCHICHTE ERITREAS: Italien besetzt 1869 die Küste des Roten Meeres.Eritrea ist 1889-1941 italienische Kolonie. Im Kampf gegen Kolonialismus entsteht die eritreanische Nation. Im Gefolge des 2.Weltkriegs wird Eritrea zur englischen Kolonie gemacht.
1950: In freien Wahlen spricht sich die überwältigende Mehrheit für die vollständige Unabhängigkeit aus. Aber unter dem Druck des US-Imperialismus wird Eritrea durch UNO-Beschluß unter dem Vorwand einer "Föderation" dem äthiopischen Kaiserreich angeschlossen. Zwecks Kontrolle des Roten Meeres errichten die USA bei Asmara ihre Kagnew Base.
1958: Die Untergrundorganisation "Mahbe Showate" organisiert erste Aufstände gegen die äthiopischen Besatzer, die alle eritreanischen Parteien und selbst die eritreanischen Sprachen verbieten.
1962: Kaiser Haile Selassie schafft die "Föderation" ab und annektiert Eritrea als "14.Provinz" Äthiopiens. - Die Eritreanische Befreiungsfront ELF beginnt den bewaffneten Kampf gegen die äthiopischen Besatzer. An der Spitze der ELF aber stehen Angehörige der alten feudalen Oberschicht. Bis heute besteht die ELF aus umherziehenden Rebellenhaufen; es ist ihr nie gelungen, zusammenhängende befreite Gebiete zu errichten. Sie kann das Volk nicht zusammenschließen, weil sie das Ziel der Unabhängigkeit nicht mit der Revolution gegen Feudalismus, Elend und Rückständigkeit verbindet.
1967: Das äthiopische Regime brennt hunderte Dörfer nieder und massakriert tausende Eritreaner.
1970: Gründung der Eritreanischen Volksbefreiungsfront EPLF. Gestützt auf das Bündnis der Arbeiter und Bauern kämpft die EPLF für die nationale Unabhängigkeit und führt in den befreiten Gebieten die Revolution durch.Der feudale Großgrundbesitz wird unter den Bauern aufgeteilt, die sich in Genossenschaften zusammenschließen. In den Städten wird der 8-Stunden-Tag und ein Mindestlohn für die Arbeiter eingeführt. Medizinische Versorgung und Schulwesen werden organisiert. Aus den Arbeitern und Bauern wird eine Volksmiliz gebildet.Die Verwaltung wird von Volkskongressen übernommen.
1974: Nach Aufständen verschiedener Nationalitäten, Arbeiterstreiks, Bauernunruhen und Studentendemonstrationen stürzt die Monarchie. Ein "Provisorischer Militärrat"(DERGUE) übernimmt die Macht, in dem sich nach verschiedenen Hinrichtungswellen die Gruppe um Oberst Haile Mengistu Mariam durchsetzt. Der Dergue ruft den "äthiopischen Sozialismus" aus. Er verfolgt eine Politik des Chauvinismus, Expansionismus, der Aggression nach außen und der Unterdrückung der Demokratie im Inneren. Im Kampf gegen die Volksmassen, insbesondere die unterdrückten Nationalitäten, bittet der Dergue die SU um Hilfe. Die SU ergreift nur zu gern die Gelegenheit, den Platz des US-Imperialismus als Beherrscher des Horns von Afrika einzunehmen.
1977: Die Truppen von EPLF und ELF kontrollieren 90% des Landes und viele Städte, u.a. Massawa, Asmara und Keren. - 1978: Unter sowjetischem Oberkommando, mit sowjetischen Waffen - einschließlich Napalm - und mit Unterstützung kubanischer und südjemenitischer Truppen beginnt der Dergue einen Vernichtungsfeldzug gegen Eritrea, das er "in 3 Monaten auslöschen" will. - FÜNF GROSSOFFENSIVEN (Juni 78,November 78, Jänner 79, März 79,Juli 79) werden von den Befreiungsstreitkräften aufgehalten. Die EPLF entschließt sich zum s t r a t e g i s c h e n Rückzug: Die Städte werden aufgegeben, ebenso der Teil der befreiten Gebiete, der gegen militärische Übermacht nicht zu halten sind. Verteidigt wird das befreite Gebiet in den Bergen der Sahel-Provinz. An dieser Front wird die 4. und 5. äthiopisch-sowjetische Offensive vernichtend geschlagen: Die Hälfte der 120 000 Angreifer wird außer Gefecht gesetzt, gefangen oder desertiert. Ende 1978 werden die kubanischen Truppen in den Süden Äthiopiens, an die Ogaden-Front, verlegt. Die südjemenitischen Truppen werden abgezogen, die Volksrepublik Südjemen entschuldigt sich offiziell bei der EPLF (wenig später wird diese Regierung durch einen Putsch gestürzt, hinter dem die Sowjetunion steckt).
Dezember 1979-Jänner 1980: Die EPLF beginnt eine Gegenoffensive an der Sahel-Front und bei Nafka. Nafka wird wieder befreit.
7.7.1980: Abzug der ELF-Truppen von der Sahel-Front.Nach einem Geheimtreffen in der SU mit Dergue-Vertretern will die ELF eine "friedliche Lösung" durch "regionale Autonomie".
Sommer 1980: Der Dergue erhält von der SU Giftgas (s.Artikel). Bisher hat die SU auf deren Einsatz verzichtet; aber eine neue Offensive gegen Eritrea wird vorbereitet.
Oktober 1980: Haile Mengistu Mariam erhält in Moskau den "Orden der Oktoberrevolution" für seinen "großen Beitrag zur Entwicklung der Beziehungen zwischen Äthiopien und der UdSSR" sowie für "Verdienste im Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus". Dafür verleiht er Breschnjew den "Ehrenstern des sozialistischen Äthiopien" sowie den eritreanischen Hafen Assab als Marinebasis.

Fortsetzung von S 11

# Fiat-Streik ...

Alfa-Nissan abgesegnet.

- o Erpressen massiver staatlicher Zuschüsse.
- o Kapitalzufuhr: Am 23. September wurde das Aktienkapital von FIAT von 165 Mrd. Lire (2,5 Mrd. S) auf 337,5 Mrd. (5 Mrd. S) aufgestockt; finanziert wird das von den bisherigen Aktionären. Weitere 3,75 Mrd. kommen von der Bankengruppe Mediobanca. Mit diesen und weiteren Maßnahmen wurden insgesamt 7,5 Mrd. S neues Kapital zugeführt, das nach profitabler Verwertung schreit.

*"Die Geschäfte des Kapitals sind in verschiedenen Ländern (ihre Zahl wächst) ohne Rohheit nicht mehr zu machen. Manche glauben noch, es ginge doch; aber ein Blick in ihre Kontobücher wird sie früher oder später vom Gegenteil überzeugen." (B. Brecht)*

*Das italienische Handelsbilandefizit ist in den ersten neun Monaten 1980 auf 204 Mrd. S, das Vierfache des Vergleichszeitraumes des Vorjahres, gestiegen. Das Septemberdefizit erreicht mit 36 Mrd. S (in einem Monat!) einen neuen negativen Rekord. (Le monde, 6.11.)*

*Im Automobilbereich ist der noch erzielte Überschuß (Jänner - August) auf 6,7 Mrd gegenüber 16,6 Mrd. im Vergleichszeitraum 1979 gesunken. (Corriere della sera, 8.10.)*

- o Mit einem neuen Modell, dem "Panda", sollen Marktanteile in der bisher vernachlässigten Gruppe der billigen Kleinwagen aufgeholt werden, wo FIAT durch eine verfehlte Modellpolitik (Setzen auf die großen Modelle der Mirafiori-Klasse) am meisten verloren hat. Zwischen 1972 und 1977 hat FIAT praktisch kein neues Modell herausgebracht, erst mit dem Ritmo und dem Panda wurde eine "neue Generation" begonnen.
- o Mit dem Abkommen mit Peugeot über die Entwicklung eines Sparmotors soll ein Technologievorsprung erzielt werden. Unsicher ist noch, ob das neue Motorenwerk in Süditalien oder in Frankreich gebaut wird. Das hängt erstend davon ab, ob die Agnellis ihren Partnern genügend Vertrauen in ihre Fähigkeit vermitteln können, "Ruhe und Ordnung" unter den Arbeitern zu schaffen, zweitens davon, welcher Staat sich mehr an "Förderungsmitteln" zwecks "Arbeitsplatzsicherung" herausreißen läßt.
- o Der Grundpfeiler des ganzen Plans aber ist der Personalabbau. "Fiat will das Jahr 1982, das Jahr des erwarteten Aufschwunges, mit einer um 20.000 reduzierten Belegschaft erreichen." (A. Lettieri, FLM, Paese Sera, 15.9.) Die Entlassungen durchsetzen, damit die Arbeiter einschüchtern, die Gewerkschaften schwächen, letztlich die Errungenschaften von 1969 zerschlagen, die Arbeiter zum Arbeitsvieh und sich wieder zum unumschränkten Herrn in der Fabrik machen - das ist das wichtigste Ziel Agnellis.

Ohne Rücksicht auf Verluste: Die Entlassungen hätten weitere 100.000 Entlassungen bei den Zulieferbetrieben zur Folge gehabt, hätten monatlich einen Kaufkraftverlust von 140 Mio. S allein in Turin zur Folge gehabt und damit den wahrscheinlichen Ruin etlicher Handels- und Gewerbebetriebe, hätten Zehntausende zurück in den Süden, ins nackte Elend getrieben, insgesamt: "Die Stadt Turin ist ökonomisch und sozial nicht in der Lage, einen solchen Schlag auszuhalten." (Bürgermeister Novelli, PCI, L'Avanti, 20.9.)

Ohne Rücksicht auch auf die werten Sozialpartner, die Reformisten und Revisionisten, die von einem "gezähmten Monopol", von einer friedlichen Weiterentwicklung im Rahmen eines durch Mitbestimmung zustandegekommenen "Gesamtplans für die Entwicklung der Autoindustrie" geträumt hatten.

Die Agnellis wollten den Kampf, und sie wollten der Arbeiterbewegung eine entscheidende Niederlage beibringen. Sie wollten den kämpferischen Teil der Gewerkschaftsbewegung niederschlagen und isolieren (während des Streiks schien dieser Plan in die Hose zu gehen, jetzt, nachher, scheint er doch zu funktionieren). FIAT hat durch seine arrogante Haltung in den Verhandlungen den Streik provoziert, zunächst gegen den Willen der Gewerkschaftsführung, die sich nur widerwillig von der Basis und den mittleren Funktionären in den Streik hineinreißen ließ.

Die Orientierung der Revisionisten und Reformisten war: "Ihr kämpft für die ganze Nation gegen die, die in Turin wieder Zustände wie in den Fünfzigerjahren einführen wollen!" (Bürgermeister Novelli, L'Avanti, 20.9.) Sie wollten die Arbeitermassen verheizen, um die Agnellis "zur Vernunft zu bringen", um sie zu den "zivilisierten" Formen jener Sozialpartnerschaft zu zwingen, die den Klassenfrieden und damit den Einfluß und die Posten der Revisionisten und Reformisten sicherstellen sollten.

In Wirklichkeit ging es aber um die schlichte Tatsache, daß die Entwicklung der Automobilindustrie nachhaltig die Voraussage von Karl Marx bestätigt: *"Die Zentralisiation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unerträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des Privateigentums schlägt. Die Expropriateurs werden expropriiert."* (Das Kapital, Band I, S. 791)

Spontan fühlten das die streikenden Arbeiter. Bei der ersten Massendemonstration durch Turin wurde statt der üblichen Spruchbänder ein riesiges Marx-Porträt vorangetragen. Das schreckte die bürgerlichen Zeitungskommentatoren mehr als wortgewaltige Slogans und regte sie zu bedrückten Betrachtungen über Parallelen zu den gleichzeitigen Massenstreiks in Polen und die Bedrohung der dortigen herrschenden Klasse durch die Rebellion der Arbeitermassen an.

Zwischen diesen beiden Polen: Streben zu einer revoluitonären Alternative und Fesselung durch den Revisionismus und Reformis bewegte sich der Streik. Die "unmögliche Vereinigung" der beiden Extreme zeigte sich in dem spontanen Sprechchor zehntausender Arbeiter vor dem Werkstor von FIAT-Mirafiori: "Col sindaco Novelli licenzieremo Agnelli!" (Mit Bürgermeister Novelli werden wir Agnelli entlassen!)

(In der nächsten Nummer des "Klassenkampf" berichten wir über den Verlauf des Treiks, die Positionen in der Gewerkschaftsbewegung, die "Unterstützung" des Streiks durch PCI und PSI, den Ausgang des Streiks und die Hetze gegen die Organisatoren des Streiks und gegen die FLM.)

-gef/Ibk.-

Fortsetzung von S 9

# SU/AKW

gesamteuropäischen Verbundnetzes, deren Verfechter er, Kreisky, bekanntlich sei. Die Staaten müßten sich gegenseitig absichern, damit die Versorgung kontiunierlich erfolgen könne." "Polen und Österreich liefern das erste Beispiel, es wird sicherlich Schule machen", sagte der Kanzler zu diesem Thema weiter. Er verwies auch auf die Erdgaslieferungen aus der UdSSR und meinte, wenn man diesen Weg konsequent weitergehe, werde man auf lange Sicht weitgehend unabhängig vom Erdöl. In diesem Sinn wuchsen die Stromlieferungen vom Ostblock nach Österreich in der letzten Zeit an:

Strom-Einfuhren Österreichs in GWh (gem. Stat. Zentralamt):

| aus: | 1977 | 1978 |
|---|---|---|
| EG | 170 | 119 |
| EFTA | 716 | 510 |
| COMECON | 321 | 49o |

Stromexporte in den COMECON gibt es kaum, dagegen hohe Exporte in die BRD (Spitzenstrom 1979: 3.600 GWh).

Eine erste Gleichstrom-Kurzkupplung zwischen dem COMECON- und dem österreichischen Verbundnetz wurde bereits errichtet. Eine zweite ist im Stadium der Auftragsvergabe. Erst kürzlich (März 1980) hat der österreichische Verbundkonzern grünes Licht für Detail- und Preisverhandlungen mit ungarischen und sowjetischen Stellen zur endgültigen Durchführung des Verbunds erhalten. Der Generaldirektor der österreichischen Verbundgesellschaft, Fremuth, fährt Ende September 1980 zu seinen nächsten Verhandlungen mit Moskau. (Seihe dazu Interview mit Fremuth für "Sowjetunion heute" im Pressespiegel Nr. 8/80 der IÖAG.) Österreich, das seinerseits in vollem Verbundbetrieb mit seinen westlichen Nachbarn arbeitet, will nicht nur selbst Strom mit dem COMECON tauschen, sondern zu einer "Drehscheibe" für einen gesamteuropäischen Verbund werden. In Anschluß an diese Terrainvorbereitungen Österreichs für die SU äußerte auch die BRD Interesse am Stromverbund und verhandelte bereits darüber in Moskau. Desgleichen wurde zwischen Griechenland und Bulgarien ein Abkommen über den Stromverbund geschlossen (apa 1977-05-16).

Bemerkenswert an der Position Österreichs im Zusammenhang mit diesem Projekt ist das Interesse der österreichischen E-Wirtschaft, ihre mit der Schweiz und Norwegen gemeinsame Monopolstellung auf dem Spitzenstromsektor weiter auszubauen. Österreich, Norwegen und die Schweiz fungieren im westeuropäischen Verbundbetrieb als Lieferanten teuren Spitzenstroms und profitieren zusätzlich noch durch ihre für diesen Zweck günstige Ausgangsposition in geographischer Hinsicht (großer Anteil der Stromerzeugung aus Wasserkraft). Diese Position möchte zumindest Österreich kräftig ausbauen. Dazu sollen die Hochgebirgsspeicherprojekte forciert werden, bestehende Großspeicher durch größeren Pumpeneinsatz verstärkt zur Spitzenstromproduktion herangezogen werden. Damit lassen sich dann gegenüber den weniger bevorteilten Ländern gute Geschäfte machen. Erforderlich dazu sind jedoch größere Mengen Grundlast-Pumpstrom. Dazu u.a. sollte auch das AKW Zwentendorf dienen. Die nun benötigten Grundlastmengen sollen nunmehr aus dem COMECON-Verbundsystem bezogen werden. Vom österreichischen politischen und ökonomischen Wohlverhalten gegenüber der SU hängt es nicht zuletzt ab, ob die österreichische E-Wirtschaft dieses Geschäft machen kann. Kommt dieses Geschäft zustande, so bedeutet es jedenfalls einen großen Schritt weiter in eine verstärkte ökonomische und damit politische Abhängigkeit Österreichs von der SU.

Geschichte der Arbeiterbewegung

# Zu Fritz Klenners "Schicksalstage in Österreich in "arbeit&wirtschaft" 10/80

In der Oktober-"arbeit & wirtschaft" führt Fritz Klenner 1) "eine Welle der Unzufriedenheit" in den Betrieben über das 4. Lohn-Preis-Abkommen (v.a. das Ausmaß der Preiserhöhungen 2)) auf den Fehler des ÖGB zurück, "die Arbeiter und Angestellten nicht schon vorher umfassend über das Maßnahmenpaket und dessen Notwendigkeit aufzuklären"; was er übrignes auch schon in seinem Band II, "Die österreichischen Gewerkschaften", hsg. 1953, tat. In gewisser Weise hat er damit sogar recht, war es soch so, daß die Verhandlungen über dieses Abkommen sich monatelang hinter verschlossenen Türen abspielten (die sozialdemokratische Presse hat versprochen, rechtzeitig zu informieren, aber erst am Tag vor der Beschlußfassung über das Abkommen im Ministerrat fanden die ersten Vertrauensmännerkonferenzen der SPÖ statt; der genaue Inhalt des Abkommens wurde erst am folgenden Tag bzw. erst am Tag nach der Beschlußfassung verbreitet.) Das Mißtrauen der Massen war - u.a. aufgrund der vorhergegangenen Lohn-Preis-Abkommen (LPA) - in die Gewerkschaftsführung wuchs von Tag zu Tag und das Verständnis für diese arbeiter- und volksfeindliche ÖGB-Politik gerade unter den sozialdemokratischen Arbeitern und SP-Funktionären sowie -Betriebsräten schwand immer mehr: "All die Berichte aus den Betrieben gipfeln in vier Worten: 'Wir haben es satt!'", schrieb am 23.9. das Linzer (sozialdemokratische) "Tagblatt".

Schon im August war es zu größeren Ausständen gekommen; seit Anfang September gab es bereits von seiten der KPÖ Versuche der Herstellung einer Aktionseinheit gegen das LPA: *"Die Vorbereitung ging aber über Agitation und die Aufforderung zu Ablehnungsbeschlüssen gegen das LPA nicht hinaus. Außer in Linz gab es offenbar nirgendwo Versuche, bereits vor dem Abschluß des Paktes eines festere Aktionseinheit herzustellen. A, 5.9. lehnte der Arbeiterbetriebsrat der ESG Linz (Elektrizitäts- und Straßenbahngesellschaft, Belegschaft 1.100) das Abkommen ab und forderte die anderen Linzer Großbetriebe zu Solidarität auf. In einer gemeinsamen Konferenz sollte das weitere Vorgehen beraten werden. Der Präsident der Arbeiterkammer lehnte es ab, dem sozialdemokratischen Betriebsratsobmann dafür einen Saal zur Verfügung zu stellen, da 'eine solche Versammlung die schon seit längerer Zeit laufenden Verhandlungen schwer stören würde'. Man nahm den Betriebsratsobmann an die Kandare, und es kam zu keiner Versammlung mehr. Es gelang also zu verhindern, daß bereits vor dem Beschluß über das Abkommen sich organisatorische Formen auf gewerkschaftlicher und betrieblicher Ebene zur Führung des Kampfes herausbildeten."* (Gruber/Hörzinger,"...bis der Preistreiberpakt fällt", 1975, Verlag Wieser)

Im Gegensatz zu den hauptsächlich ökonomischen Ernährungsstreiks seit Mitte 1946 und den Kampfaktionen vor dem 2. und nach dem 3. LPA (vgl. "Klassenkampf" 18/80, S. 21) bildete sich bei der Streikbewegung des September 1950 rasch der unmittelbar politische Charakter gegen die Gewerkschaftsführung (aufgrund der Identität von staatlicher und zentraler gewerkschaftlicher Lohnpolitik) heraus.

Das war auch der Grund dafür, zur Lüge über einen angeblichen kommunistischen Putsch greifen zu müssen, um den Abschluß der Restauration des Kapitalismus in Österreich nicht zu "gefährden". Mittlerweile kann selbst Klenner dies nicht mehr aufrecht erhalten: "Es war sicherlich kein politischer Putschversuch, aber ein Erfolg der Kommunisten hätte zu wachsendem Einfluß im Gewerkschaftsbund geführt." (a&w 10/80, S. 12) Nichts desto trotz weist er darauf hin, daß von den USIA-Betrieben (Betriebe unter sowjetischer Verwaltung in Wien und Niederösterreich) die Streikbewegung auf Oberösterreich, Salzburg und die Steiermark übergegriffen hätte. *"Die schon in der Zwischenkriegszeit kampfstärksten Arbeiterbezirke und Regionen wie die Obersteiermark, Floridsdorf, Stadlau u.a. spielten auch in der Nachkriegszeit die entscheidende Rolle bei der Formulierung von Forderungen, Zielen und Aktionen. Da einige dieser Regionen in der sowjetischen Besatzungszone lagen, stempelte man* (so auch Klenner, Anm.d.Red.) *die Arbeiter dieser Bezirke unter Abstraktion von ihrer historischen Tradition und Rolle zu 'USIA-Arbeitern', die von der sowjetischen Besatzungsmacht und der KPÖ 'gelenkt' würden."* (Hans Prader, "Die Angst der Gewerkschaften vor'm Klassenkampf", 1975)

Sicher ist, daß die Bewegung am 25./26. September 1950 in Wien und Oberösterreich ziemlich gleichzeitig und gleichstark begonnen hat, was sogar das Pol.Büro der KPÖ überrascht haben dürfte. "Die Kommunisten agitierten (in Wien) überall für eine breite Demonstration, für einen Sternmarsch zum Ballhausplatz am Dienstag Morgen, zur Zeit der Ministerratssitzung, in der das neue Abkommen gebilligt werden sollte. Das Echo des Vorschlags war groß. Damit konnte die Erregung und Empörung der Arbeiter organisiert und zu einer Aktion gebracht werden, die geeignet war, die streik- und kampfbereiten Massen zusammenzufassen. Die Demonstration wurde aber weder durch Flugblätter, noch in der 'Volksstimme' angekündigt...Die Angaben der Polizei über die Zahl der auf dem Ballhausplatz versammelten Demonstranten differierten zwischen 8.000 und 15.000. Eine Stunde lang währte der Zuzug der verschiedenen Demonstrationszüge und immer wieder brachten LKW aus entfernten Bezirken Arbeiter heran...
An diesem Tag streikten in Wien 158 Betriebe mit über 30.000 Arbeitern. In vielen Betrieben wurden zwar Protestresolutionen gegen das Abkommen angenommen, die Arbeiter waren aber noch nicht bereit, die Waffe des Streiks zu ergreifen.
Vor den aufmarschierenden Arbeitern begannen einige Minister der ÖVP zu zittern, sie wandten sich an ihre amerikanischen Freunde um ein Eingreifen von amerkanischen Truppen. Da der 1. Bezirk allen vier Alliierten unterstand, wäre ein einseitiges Einschreiten der Amerikaner ein derart eklatanter Bruch des alliierten Kontrollabkommens gewesen, daß sich daraus sicher internationale Verwicklungen ergeben hätten. Der Versuch des amerikanischen Stadtkommandanten, ein vierseitiges Eingreifen zu erörtern, scheiterete am Widerstand des sowjetischen Kommandanten, der die Demonstration als innerösterreichische Angelegenheit ansah.
Ein zweiter derartiger Versuch, nun allerdings auch unter Mitwirkung von SP-Ministern, wurde am folgenden Tag gestartet, die westelichen Hochkommissate lehnten jedoch den Einsatz ihrer Truppen ab. (Vgl. Karl Gruber, "Zwischen Befreiung und Freiheit", Wien 1953, S. 231; E. Fischer, Das Ende einer Illusion, Wien 1973, S. 309)...

...In Niederösterreich war es am Montag, den 25.9., dem Tag vor der Beschlußfassung über das neue Abkommen nach außen hin ruhig geblieben. Es gab noch keine Streiks und Demonstrationen. In den Betrieben wurden allerdings vielfach Protestresolutionen beschlossen und die Kommunisten nahmen die Streikagitation auf. Sie versuchten, sozialdemokratische Betriebsfunktionäre in die sich anbahnende Bewegung einzubeziehen. Zugleich wurden diese Funktionäre von seiten der Arbeiter unter Druck gesetzt, sich mit an die Spitze zu stellen." (Gruber/Hörzinger, a.a.O., S. 29ff)

Am Dienstag Morgen riefen die Kommunisten zum Streik gegen das LPA auf. "Innerhalb weniger Stunden legten in allen Bezirken , in denen die Industrie eine Rolle spielte, und das waren fast alle Bezirke südlich der Donau, zehntausende von Arbeitern die Arbeit nieder. Die Streiks in den einzelnen Bezirken wurden oftmals von einem oder mehreren Großbetrieben, sozusagen Leitbetrieben, ausgelöst. Durch Kontakte der Betriebsräte und durch das Organisationsnetz der KPÖ wurden kleinere Betriebe einbezogen. Die Möglichkeit, das Organisationsnetz der Gewerkschaften auszunützen, bestand trotz der großen Stärke der Kommunisten nur in einigen Fällen, wo es, wie in St. Pölten, einen kommunistischen Gewerkschaftssekretär gab." (Gruber/Hörzinger, S. 37) Im Bezirk Lilienfeld reihten sich die Betriebe im Traisen- und Gölsental schnell in die Kampffront ein, günstig entwickelte sich auch die Lage in den Bezirken Krems und Korneuburg, Neunkirchen und Wr. Neustadt, Baden sowie Gänserndorf (Erdölförderstätten).

"Im Verlauf dieses Dienstags traten in Oberösterreich rund 60.000 Arbeiter in rund 120 Betrieben in den Streik, hunderte Vollversammlungen wurden durchgeführt und Proteste beschlossen. Die Arbeiter entwickelten eine nie gesehene Einheitlichkeit." (Gruber/Hörzinger, S. 50)

In der Steiermark blieb es auch am 26. September noch relativ ruhig, es kam lediglich zu Betriebsversammlungen (Maschinenfabrik Andritz, Puch und SGP in Graz) und bei der Hütte Donawitz zu einer Protestresolution gegen das LPA.

"Die Führung der KPÖ wußte einfach nicht, wie sie die Bewegung weiterführen sollte und man befürchtete, daß die Ostzone isoliert weiter vorpreschen werde. Man unterschätzte die Streikbewegung in Oberösterreich und aufgrund eines falschen Berichtes von Gottlieb Fiala über die Steiermark, der erklärte, die steirischen Genossen kämen nicht durch (sie hatten ihm aber eindeutig den Mittwoch als möglichen Streikbeginn angegeben), befürchtete man die Eskalierung und Isolierung in der Ostzone. (Vgl. Fischer, a.a.O., S. 310f, Gespräch mit F. Marek)...
...In dieser Lage drückte F. Fürnberg im Politischen Büro der KPÖ den Beschluß

*Fortsetzung S. 20*

*1) Fritz Klenner, geb. 1906 in Wien, Bankangestellter, 1963 - 1972 Generaldirektor der BAWAG, u.a. Dozent f. Gewerkschaftsgeschichte an der Sozialakademie der AK; Mitglied des SP-Parteivorstandes bis 1972.*

*2) vgl. "Klassenkampf" 18/80, S. 20*

## Geschichte der Arbeiterbewegung

*Forsetzung von S. 19*

durch, die Streikbewegung in Wien und Niederösterreich vorläufig abzubrechen, um Zeit für eine endgültige Entscheidung über den weiteren Kampf zu gewinnen." (Gruber/Hörzinger, S. 53)

Der Streik wurde in Niederösterreich abgewürgt, in Wien und Oberösterreich fortgesetzt, am 27. September begann er erst in der Steiermark. Der KPÖ-Beschluß vom Vortag hatte sich als falsch, schädlich und voreilig erwiesen. Er wurde revidiert, der Abbruch zur "Unterbrechung" umstilisiert und für 30. September eine gesamtösterreichische Betriebsrätekonferenz zur Festlegung einer "einheitlichen Taktik des Massenkampfs gegen den Preistreiberpakt" einberufen. Somit war es schon ein starkes Stück, wenn die SPÖ bei der Haltung und offensichtlichen Angst der KPÖ vor dem Kampfgeist der Massen von einem kommunistischen Putschversuch sprach.

An der Betriebsrätekonferenz am 30.9. nahmen von über 30.000 nur mehr 2.400 Betriebsräte teil (darunter ca. 800 SO-ler). Es wurde zum Streik in ganz Österreich am 4. Oktober aufgerufen, falls nicht die Preiserhöhungen zurückgenommen bzw. die im LPA vorgesehenen Lohnerhöhungen verdoppelt werden sollten - also keine Rede mehr vom "Fallen des Treibtreiberpaktes". Die KPÖ selbst brachte somit den Kampf von der politischen auf die rein ökonomische Ebene.

"Die Zeit bis zum Wiederbeginn des Streiks wurde von der Regierung, der SP- und Gewerkschaftsführung und der ÖVP bestens genützt, um einen 'Putschversuch' anzusagen und alle Mittel zu seiner Niederschlagung vorzubereiten... Der Geifer der gesamten Reaktion kannte keine Grenzen mehr: Die Bundesregierung veröffentlichte einen Aufrug, der außerhalb der sowjetischen Zone überall angeschlagen und um Radio verbreitet wurde. Darin hieß es: Die Kommunisten 'reden von Teuerung, meinen Unruhe, sie reden von Lohn, meinen aber Straßenkämpfe, Sturz der Demokratie, Beseitigung der demokratischen Republik; sei scheuen nicht davor zurück, sich zu diesem Zweck mit Mächten zu verbünden, für die sie sonst den Galgen fordern. Österreicher! Mitbürger! Wir richten an Euch den ernsten Ruf: Verteidigt die Freiheit des Landes, laßt Euch von den Gewalttätern nicht einschüchtern. Die staatliche Gewalt reicht aus, terroristische Aktionen im Keim zu ersticken, deshalb weiche niemand dem Druck der Kommunisten. Jeder soll auf seinem Platz sein und mutig jeden Terrorversuch zurückweisen, kein Betrieb darf unter dem Druck der Agenten zugesperrt werden, zerschlagt illegale Straßensperren, jagt anmaßende Eindringlinge aus dem Betrieb!...'
Die Regierung forderte also zum gewaltsamen Streikbruch auf...

... Insbesondere die SPÖ und die ÖGB-Führung, sowie in gewissem Maß die ÖVP, gingen daran, bewaffnete und unbewaffnete Gruppen zu organisieren, um den Streikbruch effektiver betreiben zu können. Die Arbeiter sollten nicht bloß vom Streik abgehalten werden, man versuchte sie auch direkt zu mobilisieren. Nur unter Freiheits- und Demokratieparolen konnte dem Versuch, die Arbeiter zum Streikbruch zu bringen, Erfolg beschieden sein, konnte man hoffen, möglichst viele gegen die eigenen Interessenzu immunisieren.

Die bedeutendste dieser Gruppen war die sogenannte 'Olahgarde' aus Bauarbeitern verschiedener Firmen. In drei Standorten wurden von Olah an die 2.000 Bauarbeiter kaserniert, verpflegt und ausgerüstet. Ihre Bewaffnung bestand aus Holzknüppeln. Sekretäre der Bauarbeitergewerkschaft waren für die Führung der 'Einsätze' eingeteilt, bei brisanteren Aktionen standen Abgeordnete der SPÖ zur Verfügung, die im Schutze ihrer parlamentarischen Immunität die Prügelhelden kommandierten. Für das leibliche Wohl sorgte die SP-Wohlfahrtsorganisation 'Volkshilfe', für die Kosten der ÖGB, der nach Olahs Angaben ihm nach dem Streik eine Million Schilling refundierte. Von Bürgermeister Körner gezeichnete Ausweise wiesen die Männer als Angehörige eines Straßenhilfsdienstes oder ähnlichen aus...

Wo es den SP-Funktionären möglich war, stellten sie im Einvernehmen mit den Unternehmern oder Betriebsleitungen 'Selbstschutzeinheiten', 'Werkschutz' oder 'technische Nothilfe' auf, bewaffneten die meist aus SP-Aktivisten bestehenden Gruppen mit Hiebwaffen und ließen die Tore bewachen. So wurde nicht nur der Kontakt der Streikwilligen mit den Arbeitern anderer Betriebe verhindert, unter solchen Bedingungen war es ein gefährliches Unterfangen, im Betrieb einen Streik organisieren zu wollen." (Gruber/Hörzinger, S. 86 ff)

Klenner hingegen vertritt die Auffassung, daß "die Kommunisten nun zu immer offenerem Terror (griffen)". Gewerkschaftsführung und SP-Führung konnten und durften offenbar nicht verstehen, daß ein fortgeschrittener Teil der Arbeiterklasse - trotz des Mangels einer ausdrücklichen Führung und v.a. trotz der streikfeindlichen Haltung der Gewerkschafts- und SP-Führung - den Kampf mit allen Mitteln fortsetzen sollte.

Klenner rühmt insbesondere noch dazu die "allseitige Anerkennung" für das Vorgehen der SPÖ und Gwerkschaftsführung und zitiert in seinem "arbeit & wirtschaft"-Artikel ungeniert die Befriedigung der Industriellenvereinigung(!) über die Niederschlagung des Oktoberstreiks wie folgt: *"Die Industriellenvereinigung hat sich seit ihrer Gründung bei ihren Beschlüssen von der Überzeugung leiten lassen, daß der sichere Bestand unseres demokratischen Staats die gemeinsame, möglichst konfliktlose Zusammenarbeit der Industriellen mit ihren Belegschaften und den Gewerkschaften voraussetze und daher jede Gelegenheit benützt werden müsse, das Vertrauen der Arbeitnehmer zu den Leistungen der Betriebe zu stärken. Diese Einstellung der österreichischen Industriellen, die in den abgelaufenen Jahren wiederholt in die Tat umgesetzt wurde, hat bei den jüngsten Ereignissen Früchte getragen, denn nicht zuletzt ist es darauf zurückzuführen, daß die überwiegende Mehrheit unserer Arbeiterschaft die Fabriken vor Stillegungen bewahrt und vor Zerstörung geschützt hat. Es ist dadurch deutlich geworden, daß die Einstellung der österreichischen Arbeiter zu den Unternehmungen, in denen sie ihren Unterhalt finden, in gesundem Fortschreiten begriffen ist." ("Die Industrie, Nr. 41 vom 14. Oktober 1950, S. 1)* - wozu wir uns offensichtlich jeglichen Kommentar in bezug auf Klenners "gewerkschaftlichen" Standpunkt ersparen können.

Am 4. Oktober streikten in Wien ca. 40.000 Arbeiter, in Oberösterreich 10.000, in Niederösterreich 50.000, in Salzburg und in der Steiermark je ca. 7.000. Die Streikfortführung war aussichtslos, die Exekutive der Betriebsrätekonferenz als zentrale Streikleitung trat am Abend des 5. Oktober zusammen und beschloß, die Streikaktionen diszipliniert abzubrechen und den Kampf um die Lebenshaltung der Werktätigen in anderen Formen weiterzuführen (vgl. "Volksstimme", 6.10., S. 1f)

"Die Niederschlagung des Streiks fand ihren Endpunkt in umfangreichen Maßregelungen. Angesichts der erlittenen Niederlage mußten sie ohne bedeutenderen Widerstand von der Arbeiterklasse hingenommen werden. Es gelang nicht, zur Verhinderung von Maßregelungen Aktionen auszulösen.
Insgesamt wurden nach dem Streik an die 1.000 Arbeiter entlassen und gekündigt (VÖEST Linz, Steyrwerke, Aluminiumwerke Ranshofen...) ...Bezeichnender Weise erfolgten die Maßregelungen fast nur in der verstaatlichten Industrie... Die Verhaftung einer Reihe von Betriebsräten und Streikenden erfolgte nach dem Staatsschutzgesetz von 1936 und dem Koaltionsgesetz von 1870... Zu den Verhaftungen und Maßregelungen kamen noch die Gewerkschaftsausschlüsse. Insgesamt wurden 85 Mitglieder aus dem ÖGB ausgeschlossen, wobei es sich um eine Reihe von kommunistischen Gewerkschaftssekretären und Angestellten handelte, die sich durch ihre Teilnahme am Streik und seine Unterstützung gegen die Geheimpackelei der Gewerkschaftsführung stellten, und mit Berufung darauf, daß sie gegen einen Gewerkschaftsbeschluß verstoßen hätten, entfernt wurden..." (Gruber/Hörzinger, S. 121 f)

"Der sogenannte Oktoberstreik von 1950 hat heuer seinen 30. Jahrestag", schrieben wir in unserer letzten "Klassenkampf"-Nummer. "Deswegen nimmt er eine gewisse Stellung in den Massenmedien ein, um ihn auch denjenigen, die ihn noch nicht im Arbeitsleben stehend miterlebten, einerseits als 'warnendes Zeichen' an die Wand zu malen, andererseits auch heute 'Unverbesserliche' auf die sozialpartnerschaftliche Politik des bürgerlichen Staates und der Gewerkschaftsführung nachdrücklich einzuschwören." Der Klenner-Artikel ist eines der Beispiele dazu, und die Niederwerfung der Arbeiterklasse durch ihre Spaltung - in klassenkämpferische und sozialpartnerschaftliche Gruppen - wirkt bis heute. Es werden viele "Unverbesserliche" notwendig sein, das zu ändern. Es liegt auch an uns, die Herausbildung solcher Kräfte zu unterstützen und zu fördern.

-usb-

